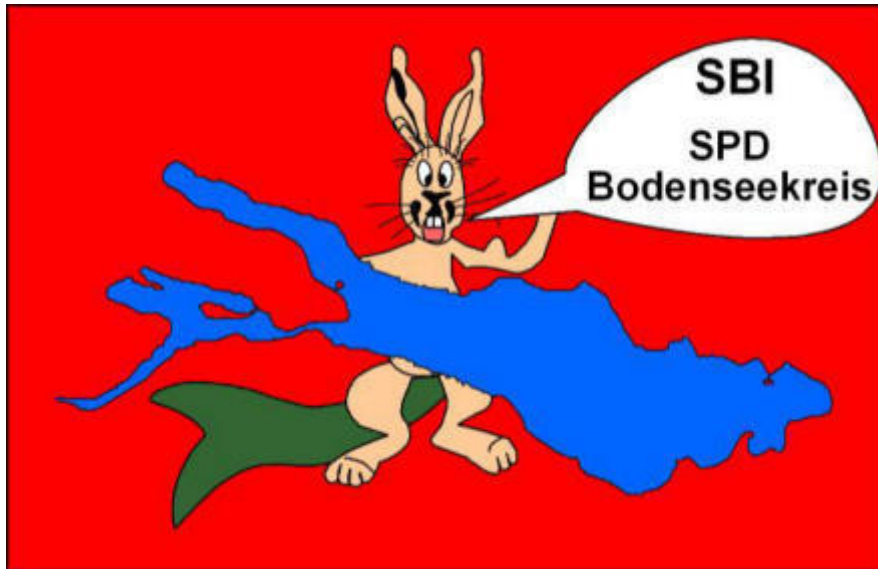


# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Auch wenn die Presse die SPD als den großen Verlierer der Europawahl darstellt, die Verluste der Union waren größer als unsere. Natürlich ist das Ergebnis für uns deprimierend, der Triumph der FDP geht auf Kosten der Union. Das Zerbröckeln der Union wird weitergehen.

In Hinblick auf die kommende Bundestagswahl wird das bürgerliche Lager den momentanen summierten Vorsprung nicht dauerhaft halten können.

Für uns in Baden-Württemberg bietet der Erfolg von Peter Simon auch die dringend notwendige Entlastung von Evelyne Gebhardt in der Betreuung der GenossInnen im Land. Beiden alles Gute!

Unsere Freunde in Vorarlberg mussten nicht nur eine Schwächung der sozialdemokratischen Position und eine Stärkung der Rechten hinnehmen. Auch uns schmerzt es, dass Aufgrund des Wahlergebnisses der SPÖ der bisherige Europa-Abgeordnete Mag. Herbert Bösch aus Bregenz nicht mehr wiedergewählt wurde.

Die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg verliefen ebenfalls nicht unbedingt erfolgreich.

Wichtig ist nun, in der verbleibenden Zeit bis zu den Bundestagswahlen, alle Kräfte zu bündeln, um den Vorsprung des bürgerlichen Lagers aufzuholen. Dieses Unterfangen ist keineswegs aussichtslos:

Die Versprechungen der FDP, mit Steuersenkungen aus der Krise herauszukommen, werden die WählerInnen nicht honorieren. Das bisher erfolgreiche Werben der Unionsparteien um die Mitte wird scheitern, da die Union CDU und ihre Kanzlerin durchaus nicht so einig sind wie es scheint.

Das dauernde Kopieren der sozialdemokratischen Politik macht die Unionsparteien auch nicht authentisch.

**es grüßt Sie  
die Redaktion**  
Karl-Heinz König, Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

- **Führung, Klarheit, Richtung – Parteitag in Berlin – Neues Konzept nötig – Nach dem Wahltag** S. 2-5
- **Pflege von Menschen mit Behinderungen – Nazis aus dem Takt bringen- Schulkonzept zulassen** S. 5-6
- **Werkrealschule: Eiertanz der Landesregierung - SPD lehnt geplante Wahlkreisreform ab** S. 6-7
- **Kreisverband Bodensee – MdL Norbert Zeller: Europäische Zusammenarbeit im Bildungsbereich – Antrag zu Unwetterschäden - Trickreich und wenig ermutigend – Menschenleben retten - Jugendliche wünschen sich Konzept für Stellwerk - Neue Kreistagsfraktion – Teures Schulesen durch Gerichtsurteil – Krippenausbau: Bedarf muss erfüllt werden – Nachbartrachtungen zu den Wahlen - Termine** S. 8-12
- **SBI: SP Kanton SG: Kantonsrat nimmt Jugendarbeitslosigkeit nicht ernst –Dario Sulzer Neuer Parteisekretär – Strategie überprüfen – SP Kanton Thurgau: Steuersenkung –** S. 13-15
- **Graf-Schelling neuer Regierungspräsident im Thurgau -** S. 15
- **SPÖ Vorarlberg: Wie politisch ist der Islam? - LH Sausgruber schmückt sich mit fremden Federn – VORWÄRTS - EURES-Grenzpartnerschaft BODENSEE – Wahlen vom 7. Juni** S. 15-18
- **Kreis BC-Martin Gerster: Neugründung der AfA in BC – Hier muss dringend etwas geschehen** S. 18-19
- **Schavan muss Scholz unterstützen – Kritik an Ministerin – Jede 4. Frau wird vom Partner geschlagen – Mattheis schaltet neue Homepage – Unglaublich aber wahr – Offener Brief** S. 20-22
- **Rente mit 67 jetzt aussetzen – Informationen aus den EUROPA-Nachrichten** S. 22-23
- **Einladung: Simone Strohmayr beim OV Lindenberg –**

### Führung, Klarheit, Richtung

Kanzlerformat: Packend und inhaltsstark hat Frank-Walter Steinmeier auf dem Berliner Parteitag die Delegierten auf den Bundestagswahlkampf eingeschworen. Seine Botschaft: "Wir wollen dieses Land stärker und solidarischer machen".

Am Ende wollten die 480 Delegierten des SPD-Bundesparteitags in Berlin ihren Kanzlerkandidaten nicht mehr von der Bühne lassen. Begeisterter Beifall, der auch immer wieder die Rede Steinmeiers unterbrach, demonstrierte eindrucksvoll die geschlossene Zustimmung zum Kandidaten, zum Regierungsprogramm und die kämpferische Entschlossenheit für die nächsten 105 Tage.

Mit scharfen Angriffen auf die Unentschlossenheit Angela Merkels machte Steinmeier die Unterschiede in der Führungsfrage klar: "Moderation", so der Kanzlerkandidat, "geht nicht länger." Steinmeier verwies darauf, dass die Union bis heute kein Programm vorlegen konnte. "Nicht einmal einen Entwurf. Und das zeigt, wofür die Union und ihre Vorsitzenden stehen. Ihr Motto lautet: Abwarten, Abgucken, Draufsetzen."

Der sozialdemokratische Weg sieht anders aus: "Es geht jetzt um Führung, Klarheit, Richtung", so der SPD-Kanzlerkandidat - nicht nur für die nächste Legislatur, sondern "für das ganze Jahrzehnt". Darüber werde am 27. September entschieden. "Ich sage denen: Wir Sozialdemokraten sind auf der Höhe der Zeit. Ihr seid es nicht!"

### Soziale Gerechtigkeit oder marktradikale Ideologie

Neben der Führungsfrage geht es zentral um Inhalte, um die Richtung für Deutschland. In seiner programmatisch starken Rede machte der SPD-Kanzlerkandidat deutlich, was die Herausforderungen für das Land sind - und wie die sozialdemokratischen Antworten darauf aussehen. Gemeinschaft statt Eigennutz: "Es geht um Arbeit statt Abbruch. Es geht um nachhaltige Industriepolitik, die gestaltet, statt ordnungspolitische Lehrbuchweisheiten. Es geht um soziale Gerechtigkeit oder marktradikale Ideologie", unterstrich Steinmeier. Und: "Es geht um die Entscheidung, ob Deutschland eine sichere, erneuerbare Energiezukunft haben soll oder ob die Energiewende rückgängig gemacht wird. Es geht um Teilhabe und Chancen für viele statt Privilegien für wenige. Angefangen bei der Bildungsfrage."

Das alles ist aber nur mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu haben.

Wieder unterbrochen durch begeisterten Applaus warnte Steinmeier so auch leidenschaftlich vor einer schwarz-gelben Mehrheit bei der Bundestagswahl - "weil die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, sicherlich nicht die Antwort auf die Krise sein kann..."

Mit der Rede Steinmeiers und der überwältigenden Zustimmung der Delegierten ist ein beeindruckendes Signal der Geschlossenheit, der Entschlossenheit und des Aufbruchs vom Berliner Parteitag ausgegangen. Denn: "Wir haben die richtigen Antworten auf die Krise. Wir haben das richtige Programm für die Zukunft unseres Landes. Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie", fasste Steinmeier zusammen.

"Deutschland braucht einen sozialdemokratischen Bundeskanzler. Gemeinsam schaffen wir das. Wir wollen und werden gewinnen!"

14.06.2009 [www.frankwaltersteinmeier.de](http://www.frankwaltersteinmeier.de)

**Download:**

Der Entwurf des Regierungsprogramms unter [www.frank-walter-steinmeier.de](http://www.frank-walter-steinmeier.de)

## Bundesparteitag in Berlin

Den Delegierten war es flau im Magen als sie morgens den Saal betraten. Man möge vielleicht denken dies liege am Abend zuvor. Der Parteiabend war zwar lang, aber dies war nicht der wahre Grund. Vielen Genossinnen und Genossen lagen noch die 20 % vom Wahlsonntag der Europawahl schwer im Magen.

Man schlenderte von Tisch zu Tisch, von Schausteller zu Schausteller und verfolgte so manches Gespräch. Skepsis lag in der Luft. Wird die SPD zu einer Splitterpartei verkommen? Was haben wir falsch gemacht?

Der Parteitag begann und langsam trudelten die Delegierten auf ihre Plätze. Nach einer kurzen knappen Rede des Parteivorsitzenden kam er schließlich, der Kanzlerkandidat. „Aber hat er auch Kanzlerformat?“, fragen sich die Delegierten. Im Nachhinein ist man sich sicher. Seine Rede war packend und inhaltsstark. Die Botschaft lautete: "Wir wollen dieses Land stärker und solidarischer machen".

Am Ende wollten die 480 Delegierten des SPD-Bundesparteitags in Berlin ihren Steinmeier gar nicht mehr von der Bühne lassen. Begeisterter Beifall, der auch immer wieder die Rede Steinmeiers unterbrach, demonstrierte eindrucksvoll die geschlossene Zustimmung zum Kandidaten, zum Regierungsprogramm und die kämpferische Entschlossenheit für die nächsten 105 Tage.

Vor allem die Angriffe auf die Kanzlerin sorgten für Beifallsströme. Steinmeier machte klar, dass Angela Merkel eher einer Moderatorin gliche als einer Kanzlerin, die regieren wolle. Auch das fehlende Wahlprogramm der CDU wurde angeprangert.

Der sozialdemokratische Weg sehe anders aus: "Es geht jetzt um Führung, Klarheit, Richtung", so Frank Walter Steinmeier - nicht nur für die nächste Legislatur, sondern "für das ganze Jahrzehnt". Darüber werde am 27. September entschieden.

Neben der Führungsfrage ging es zentral um Inhalte, um die Richtung für Deutschland. In seiner starken Rede machte er deutlich, was die Herausforderungen für das Land seien - und wie die sozialdemokratischen Antworten darauf aussehen würden. Gemein-

schaft statt Eigennutz: "Es geht um Arbeit statt Abbruch. Es geht um nachhaltige Industriepolitik, die gestaltet, statt ordnungspolitische Lehrbuchweisheiten. Es geht um soziale Gerechtigkeit statt marktradikale Ideologie" und: "Es geht um die Entscheidung, ob Deutschland eine sichere, erneuerbare Energiezukunft haben soll oder ob die Energiewende rückgängig gemacht wird. Es geht um Teilhabe und Chancen für viele statt Privilegien für wenige. Anfangen müssen wir bei der Bildungsfrage."

Das alles ist aber nur mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu realisieren.

**Dafür lasst uns kämpfen!**

**Frederic Striegler, stv. Kreisvorsitzender, Kreisverband Biberach**

**Jo LEINEN:**

## "Neues Konzept für Europäische Wahlen nötig"

"So kann es mit den Europawahlen nicht weitergehen", kritisierte Jo LEINEN, Vorsitzender des Verfassungsausschusses (AFCO) im Europäischen Parlament. Die Blockaden und Barrieren der rein nationalen Wahlkämpfe müssten überwunden werden. Wir brauchen wirkliche "Europäische" Parlamentswahlen.

Notwendig sei die Durchsetzung eines Europäischen Wahlsystems. Denkbar wäre hierzu die Einberufung eines Konvents "Europäisches Wahlsystem" aus Vertretern des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente, der Regierungen sowie der EU-Kommission. Das neu gewählte Europäische Parlament sollte dafür die Initiative ergreifen. Für ein Europäisches Wahlsystem sind v. a. folgende Eckpunkte erforderlich:

- 1) Neben den nationalen Wahllisten der nationalen Parteien muss es in Zukunft auch transnationale Europäische Wahllisten der Europäischen Parteien geben. Nur wenn die Parteienfamilien "europäische Mandate" erringen können, wird es eine echte europäische Debatte, mehr europäische Öffentlichkeit und eine größere Attraktivität der Europawahlen geben.
- 2) Die Europäischen Parteien müssen vor dem Wahlkampf Spitzenkandidaten für das Amt des Europäischen "Regierungschefs" (Kommissionspräsident) aufstellen. Mit dieser Personalisierung würde eine Politisierung und damit eine höhere Mobilisierung erreicht.
- 3) Zur Vorbereitung der Europawahlen sind europaweite Minimalstandards für eine rechtzeitige wie auch demokratische Nominierung der Kandidaten nötig. Es ist unakzeptabel, dass in einigen Mitgliedsländern immer noch Kandidatenlisten erst wenige Wochen vor der Wahl und zudem von wenig transparenten, exklusiven Parteizirkeln aufgestellt werden.

Nach 30 Jahren Direktwahl zum Europäischen Parlament ist jetzt eine Zäsur notwendig. Die mehrheitlich rein nationalen Wahlauseinandersetzungen, die ständig abnehmende Wahlbeteiligung und das Füllen des politischen Vakuums durch populistische und anti-europäische Parteien erfordern fundamentale Veränderungen für die nächsten Europawahlen im Jahre 2014. "Nach der Sommerpause sollte das Europäische Parlament mit den Vorarbeiten hierzu beginnen", sagte LEINEN.

09.06.2009

EUROPA Nachrichten

## Nach dem Wahltag am 7. Juni.....

Allzu schnell geht man in den politischen Parteien nach so einem Wahltermin zur Tagesordnung über. Was bleibt einem auch anders übrig, steht ja schon der nächste heiße Wahlkampf für die Bundestagswahl im September ins Haus. Was viele Wähler/innen doch nicht dazu animiert hat, an die Wahlurne zu gehen, ist der Eindruck, dass bei der Wahlkampagne im hinter uns liegenden Frühjahr nicht wirklich europapolitische Visionen – schwarze-rote-gelbe oder grüne- im Mittelpunkt des Werbens um die Wählerstimmen gestanden haben. Alle politischen Parteien tun sich schwer, kommende internationale Herausforderungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten so brisant und unter die Haut gehend zu vermitteln, dass die Wahl zum EU-Parlament mehr Emotionen weckt und die Wahllokale füllt.

Nach dem 2. Weltkrieg haben junge Leute von sich aus Zollschränken zwischen Frankreich und Deutschland zur Seite geschoben, um die Idee von einem vereinten Europa schneller in praktische Politik umsetzen zu können.

Bei der ersten direkten EU-Wahl 1979 haben SPD und CDU zusammen noch über 85 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren können, die Sozialdemokraten haben vor 10 Jahren in 10 von 15 EU-Staaten die nationale Regierung angeführt. Und jetzt, im Sommer 2009? Bis auf wenige Ausnahmen in einzelnen Ländern ist die rote Farbe weiter geschwunden. Der bürgerliche Block im Straßburger EU-Parlament ist größer geworden und macht es noch schwerer, ein „soziales Europa“ weiter auszubauen. Haben die Grünen deshalb an Statur gewonnen, weil sie europaweit Maßnahmen gegen den Klimawandel in Verbindung bringen mit einer ökonomischen Rendite: Nur was grün ist (im Automobilbereich etwa), hat auch wirtschaftlich bis hin zur Schaffung neuer Arbeitsplätze noch Zukunft. Sozialdemokratische Politiker/innen beschwören diese Politik ebenfalls, nur beeindruckt es einen großen Teil bislang sozialdemokratischer Wähler/innen nicht so sehr. Bei wichtigen Entscheidungen in der Europapolitik wie etwa beim Maastricht-Vertrag

1992 hat man es versäumt, einen Wahlkampf zu machen, ohne dass EU-Abgeordnete zu wählen sind. Die Einführung des EURO beschäftigte fast nur die Regierungsebene, die europäischen Bürger/innen wurden von den politischen Parteien zu wenig offensiv orientiert und informiert über Sinn und Zweck einer neuen gemeinsamen Währung in einem Dutzend EU-Länder. Die meisten Politiker in den EU-Staaten mit Ausnahme von Jean-Claude Juncker reden zwar vor Europawahlen von der wachsenden Bedeutung des EU-Parlaments, handeln aber im Alltag nicht entsprechend und pflegen so die Unlust an Europa, schon um den eigenen Bedeutungsverlust zu kaschieren.

Die Rechtsextremisten profitieren in schamloser Weise von der Gleichgültigkeit vieler Wählerinnen und Wähler, die nicht mobilisiert werden konnten für den Urnengang. Auf der britischen Insel hat fast die Hälfte der Wählerschaft für Parteien gestimmt, die jede weitere europäische Integration ablehnen und somit im EU-Parlament eigentlich keine Diäten abbekommen dürften!

Die deutschen Sozialdemokraten hatten übrigens bei der Europawahl 1994 noch 40 Abgeordnete (von insgesamt 99 deutschen EU-Parlamentarier/innen in Straßburg/Brüssel) gestellt. Fünf Jahre später waren es dann nur noch 33. Bei der EU-Wahl 2004 ist die SPD auf 23 Sitze zurückgefallen, die man jetzt wenigstens verteidigen konnte. Die Europapolitik muss nach der Bundestagswahl stärker in der Parteiarbeit verankert werden. Die SPD-Kandidatinnen und –Kandidaten in den 4 Parteibezirken in Baden-Württemberg sind aufgerufen, ein Konzept für die europapolitische Parteiarbeit in den Kreisverbänden nach der Europawahl nach dem Vorbild der nordbadischen SPD-Kreisverbände vorzulegen. Beispielhaft ist das Engagement der überparteilichen Europaunion in vielen Landkreisen und der Jungen Europäischen Föderalisten. In jeder Stadt und in vielen Gemeinden gibt es kommunale Partnerschaften mit anderen Kommunen in europäischen Ländern.

In den lokalen Medien erfährt man allerdings sehr wenig über aktuelle gemeinnützige Projekte in der Partnerstadt, von denen man auch für die eigene kommunalpolitische Arbeit unter Umständen profitieren könnte. Übrigens: Von Malta lernen heißt siegen lernen! Dort haben die Sozialdemokraten bei der EU-Wahl 55 Prozent geholt. Das lässt doch aufhorchen. Die Wahlbeteiligung ebenfalls: 78,8 Prozent, hinter Luxemburg mit 91 % und Belgien mit 90,4 % . Das neu gewählte EU-Parlament kommt am 14. Juli (am französischen Nationalfeiertag) zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Wann der neue (oder alte) EU-Kommissionspräsident bestimmt wird, ist offen. Die EU-Regierungschefs haben sich zwar auf Barro-

so geeinigt, aber er hat noch keine Mehrheit im EU-Parlament sicher.

Peter Simon und Evelyn Gebhardt, die beiden neu- bzw. wiedergewählten EU-Abgeordneten von der SPD aus Baden-Württemberg halten uns im Internet auf dem Laufenden:

[www.simon2009.de](http://www.simon2009.de) und [www.gebhardt-mdep.de](http://www.gebhardt-mdep.de)

W. Bernhard

**Zur Verabschiedung des Gesetzes zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:**

## **Pflege von Menschen mit Behinderungen im Krankenhaus wird verbessert**

Das Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus stellt sicher, dass pflegebedürftige Menschen mit Behinderungen, die ihre Pflege durch von ihnen Beschäftigte besondere Pflegekräfte ambulant sicherstellen, diese bei einer stationären Behandlung mitnehmen können.

Diese pflegebedürftigen Menschen haben einen sehr speziellen und individuellen Pflegebedarf. Sie sind deshalb auf Pflegekräfte angewiesen, die diese Bedürfnisse genau kennen und wissen, was zu tun ist. Wenn diese Pflegekräfte während eines Krankenhausaufenthaltes nicht zur Verfügung stehen, besteht die Gefahr, dass wichtige Pflegemaßnahmen unterbleiben, wie zum Beispiel Umlagerungen bei Menschen, die spastische Störungsbilder haben. Abgesehen davon ist es für die Betroffenen gerade während eines Krankenhausaufenthaltes wichtig, dass sie von der ihr vertrauten Pflegekraft weiter betreut werden.

Das Problem bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit Behinderungen während eines Krankenhausaufenthaltes besteht bisher darin, dass wegen der rechtlichen, medizinischen und finanziellen Rahmenbedingungen verschiedene Sozialleistungsbereiche berührt werden. In der Praxis hat sich gezeigt, dass die betroffenen Personen, bei einer akutstationären Behandlung oft Situationen ausgesetzt sind, in der sich die Klärung der notwendigen Assistenz und die Klärung der Finanzierung des Assistenzbedarfs als problematisch erwiesen hat. Pflegebedürftige, die nach dem so genannten Arbeitgebermodell des SGB XII eigene Pflegekräfte beschäftigen, hatten bisher keinen Anspruch gegen die jeweiligen Kostenträger auf Mitaufnahme ihrer Pflegekraft in das Krankenhaus und auch keinen Anspruch auf Weiterzahlung der bisherigen entsprechenden Leistungen auch während der Dauer der stationären Krankenhausbehandlung. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich während

der Beratung dafür eingesetzt, dass der vorliegende Gesetzentwurf dies ändert.

Im Rahmen des Assistenzpflegebedarfsgesetzes wird des Weiteren die Betreuung behinderter Kinder in Pflegefamilien geregelt. Bisher bestanden für geistig und körperlich behinderte Kinder und Jugendlichen, die nicht in ihrer Herkunftsfamilie verbleiben können, nicht genügend Möglichkeiten, in einem familiären Umfeld aufzuwachsen. Die einzige Alternative für sie bestand, in einer stationären Einrichtung betreut zu werden, während es für nicht behinderte Kinder und Jugendliche die Möglichkeit gab, von Pflegefamilien aufgenommen zu werden. Dies widerspricht dem Teilhabegedanken und der Gleichbehandlung. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf müssen behinderten Kindern, die Leistungen des Sozialhilfeträgers erhalten, dieselben Möglichkeiten eröffnet werden wie nicht behinderten Kindern und Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Des Weiteren begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion, dass im gleichen Gesetzentwurf die Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach im Rahmen des Studiums der Medizin in die Approbationsordnung für Ärzte aufgenommen wird. Denn fehlendes Wissen der Ärztinnen und Ärzte führt vielfach zu unnötigem Leiden durch wohlgemeinte, aber fachlich nicht indizierte Therapien in der letzten Lebensphase.

Bedauerlich ist, dass es mit der Union nicht möglich war, sich auf Regelungen zur Erstattung von Brillen und nichtverschreibungspflichtigen Arzneimitteln für Taschengeldempfänger in Heimen zu einigen. Damit müssen auch weiterhin viele der etwa 200.000 Behinderten in stationären Einrichtungen auf notwendige Brillen und OTC-Präparaten verzichten, weil sie diese von ihrem Taschengeld nach § 35 SGB XII selbst nicht bezahlen können. Hier hat die Union unnötig die Chance vereitelt, für diese Menschen eine dringend benötigte Verbesserung ihrer Versorgung gesetzlich umzusetzen.

18.06.2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Nazis aus dem Takt bringen**



Dirk Bleicker

Frank-Walter Steinmeier hat gemeinsam mit Musikern und Vertretern der Musikindustrie einen Band-Wettbewerb gegen Rechtsextremismus gestartet. Der nach den Worten Steinmeiers "Song-Contest der besonderen Art" wird "Nazis aus dem Takt bringen".

"Rechtsextremismus hat bei uns keinen Platz! Nicht im Internet, nicht in der Musik, nicht in der Schule, nirgendwo!" Das ist die Botschaft des am Dienstag gestarteten Projekts "Nazis aus dem Takt bringen - Starke Stimmen gegen Rechts". Initiatoren sind neben Steinmeier und DGB-Chef Michael Sommer die Band The BossHoss, Smudo von den Fantastischen Vier, die Soulsängerin Oceana sowie Tim Renner, Geschäftsführender Gesellschafter der Motor Entertainment GmbH.

Steinmeier erinnerte zum Startschuss der Initiative am Dienstag in Berlin an die zunehmende Gewalt, die Nazis zuletzt massiv am 1. Mai ausgeübt hatten. Und dies sei "nur die Spitze des Eisbergs". Der menschenverachtenden Ideologie, die auch immer mehr über kostenlos verteilte braune Musik-CDs auf den Schulhöfen transportiert wird, stellt sich darum jetzt ein Bündnis aus Politik, Musikindustrie, Initiativen, Gewerkschaften und Verbänden entgegen. Denn man dürfe Lehrer und Schulleiter mit dem Problem nicht allein lassen, so der Sozialdemokrat.



© Dirk Bleicker

Das Projekt "Nazis aus dem Takt bringen - Starke Stimmen gegen Rechts" sei ein "Song-Contest" der besonderen Art, sagte Steinmeier: Vom 26. Juni bis 1. Juli können junge Bands, die noch keinen Labelvertrag haben, auf einer [Myspace-Seite](#) ihren Track hochladen mit einem Kommentar, warum sie die Richtigen sind, um Nazis aus dem Takt zu bringen. Eine hochkarätig besetzte Jury wählt die zehn besten Beiträge aus, aus denen zwischen dem 3. und 7. Juni im Internet die Sieger gewählt werden.

Um die Nazis endgültig aus dem Takt zu rocken, kommen die besten Bands auf eine CD und stellen sich auf ein Konzert einem breiten Publikum vor - gemeinsam mit prominenten Musikern. Ein breites Bündnis starker Stimmen gegen Rechts!

09.06.2009

spd.de

## SPD: Rau soll Schulkonzept der Gemeinde Mulfingen im öffentlichen Bildungswesen zulassen

MdL [Norbert Zeller](#): „Anstatt die Kommunen in den Umweg der Privatschulgründung zu treiben, sollte der Kultusminister den Weg frei machen für innovative Lösungen im staatlichen Schulsystem“

Die SPD-Landtagsfraktion hat Kultusminister Rau aufgefordert, das Schulkonzept der Gemeinde Mulfingen im öffentlichen Bildungswesen zu genehmigen. Die Gemeinde habe mit den Beteiligten vor Ort ein innovatives pädagogisches Konzept zur Weiterentwicklung ihres einzügigen Hauptschulstandortes erarbeitet und so die Voraussetzung dafür geschaffen, „dass die Schule im Dorf bleibt“, sagte der SPD-Bildungsexperte Norbert Zeller, zugleich Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag. „Anstatt die Kommunen in den Umweg der Privatschulgründung zu treiben, sollte der Kultusminister den Weg frei machen für innovative Lösungen im staatlichen Schulsystem“, so Zeller weiter.

Der SPD-Bildungsexperte will Schulträgern einen Rechtsanspruch auf Genehmigung von Schulkonzepten einräumen, mit denen Kinder länger gemeinsam lernen und besser individuell gefördert werden können. Zahlreiche Kommunen hätten auf die zurückgehenden Schülerzahlen mit innovativen Konzepten reagiert. Dazu gehöre etwa die Möglichkeit, an einem Hauptschulstandort auch den echten Realschulabschluss zu machen.

Zeller warf der Landesregierung vor, mit ihren Plänen zur Werkrealschule die Existenz vieler der rund 800 einzügigen Hauptschulstandorte im Land zu gefährden. Gerade kleinere Gemeinden im ländlichen Raum stemmten sich zu Recht gegen das Aus ihrer einzigen weiterführenden Schule am Ort. „Die kommunalen Schulträger vor Ort haben jede Menge gute pädagogische Ideen. Jetzt muss der Kultusminister nur noch erlauben, dass sie in die Tat umgesetzt werden dürfen“, sagte Zeller.

Stuttgart, 2. Juni 2009

[Martin Mandler](#)  
Stellv. Pressesprecher

## SPD: Eiertanz der Landesregierung bei der Werkrealschule

Bildungsexperte [Zeller](#): „Dass Kultusminister Rau jetzt nach massiver Kritik zum zweiten Mal zurückrudern muss, zeigt deutlich, wie unausgegrenzt das gesamte Konzept der Werkrealschule ist“

Nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion vollführt Kultusminister Rau beim Gesetzentwurf zur Werkrealschule einen bildungspolitischen Eiertanz. Erst sei für ihn das Versetzungszeugnis von der 9. in die 10. Klasse maßgeblich gewesen. Dann habe Rau einen NC von 3,0 einführen wollen. „Dass er jetzt nach massiver Kritik zum zweiten Mal zurückrudern muss, zeigt deutlich, wie unausgegoren das gesamte Konzept ist“, sagte der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Schulausschusses, Norbert Zeller. Jetzt falle ihm nur ein, neben den Noten ein zusätzliches Kriterium für den Übergang in die zehnte Klasse einzuführen: die Beurteilung eines Schülers durch die Klassenlehrerkonferenz. Damit werde es Rau aber nicht gelingen, die Grundprobleme der Werkrealschule aufzulösen.

So gefährde die Werkrealschule die Existenz vieler einzüiger Hauptschulstandorte im Land. Und von einer Gleichwertigkeit mit der Realschule zu sprechen, sei aufgrund der mangelnden Attraktivität der Werkrealschule völlig unrealistisch. „Rau folgt reinem Wunschenken, um seine ideologische Brille nicht absetzen zu müssen“, sagte Zeller.

So würde auch die Behauptung, sein Gesetzentwurf sei von den meisten Verbänden unterstützt worden, der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen. Neben dem Landeselternbeirat und dem Arbeitgeberverband hätten weitere Organisationen den Gesetzentwurf massiv kritisiert. „Es ist deshalb völlig schleierhaft, weshalb Rau sich durch die Anhörungsergebnisse bestätigt sieht“, erklärte Zeller.

Der Bildungsexperte forderte den Kultusminister auf, seinen Gesetzentwurf zurückziehen. Rau solle im Einvernehmen mit allen Beteiligten einen neuen Entwurf vorlegen, der sowohl die Bildungschancen der jungen Menschen verbessert als auch den Schulstandorten insbesondere im ländlichen Raum eine Zukunftsperspektive biete.

**Dr. Roland Peter, Pressesprecher**

## **SPD lehnt geplante Wahlkreisreform ab**

***Fraktionschef Schmiedel: „Es ist völlig unakzeptabel, dass CDU und FDP ein solch grundlegendes Projekt für die parlamentarische Demokratie mit der Mehrheit der Regierungsfractionen im Landtag durchpeitschen wollen“.***

Die SPD-Fraktion lehnte die von CDU und FDP geplante Wahlkreisreform des Landtags in ihrer Fraktionssitzung ab. Grund dafür ist, dass sich die CDU den Kompromissvorschlägen der SPD vollständig verweigere. Das ergebe sich aus Verhandlungen mit

CDU-Fraktionschef Stefan Mappus. Zudem lasse auch die FDP beim Thema Prozentanteile für die Auszählung nicht mit sich reden. Damit verließen CDU und FDP die vorherige gemeinsame Haltung aller Fraktionen bei der Parlamentsreform, erklärte SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. „Es ist völlig unakzeptabel, dass CDU und FDP ein solch grundlegendes Projekt für die parlamentarische Demokratie mit der Mehrheit der Regierungsfractionen im Landtag durchpeitschen wollen“, sagte Schmiedel. Bei diesem Thema sei es besonders schädlich, die eigene Haltung kompromisslos durchzusetzen und die Minderheit zu übergehen. „Damit wird die Arroganz der Macht bei CDU und FDP besonders deutlich“, sagte Schmiedel. Die Gemeinsamkeit im Landtag sei von den Regierungsfractionen nicht mehr erwünscht.

Die CDU wolle bei der künftigen Gestaltung der Wahlkreise den Vorschlag aus dem Innenministerium eins zu eins übernehmen. Dies falle ihr schon deshalb leicht, erklärte Schmiedel, weil sie vorher massiv auf den Vorschlag Einfluss genommen habe. Das bedeute aber auch, dass CDU und FDP deutlich von den Grundsätzen abwichen, die zuvor von allen Fraktionen festgelegt worden seien. Danach dürfte ein Wahlkreis nicht mehr als 10 bis 15 Prozent vom Durchschnitt abweichen. Das sei etwa bei den vier Wahlkreisen in Stuttgart bei weitem nicht mehr der Fall. Die SPD fordert deshalb, in der Landeshauptstadt maximal drei Wahlkreise zu installieren. „Letztlich sollen hier die CDU-Abgeordneten geschützt werden“, sagte Schmiedel. „Aber eine solche Reform muss für alle gelten: Niemand ist gleicher als gleich.“

Ein zweites Negativbeispiel ist Reichenbach an der Fils im Landkreis Esslingen. Die Kommune ist zuvor als einziger Ort aus diesem Landkreis dem benachbarten Wahlkreis Göppingen zugeschlagen worden. Hier werde der Grundsatz, dass die Verwaltungsstrukturen auch mit den Wahlkreisstrukturen übereinstimmen müssten, deutlich verletzt. Dennoch habe sich die CDU auch hier gegen eine Veränderung gesperrt. Ähnliche Beispiele gebe es in anderen Wahlkreisen. Dass die CDU trotz der offensichtlichen Problemfälle zu keiner Änderung bereit gewesen sei, mache die ganze Reform zu einem Art Machterhaltungsinstrument der Regierungsfractionen.

„Wir werden gegen diese Auswüchse auch jeweils vor Ort vorgehen“, sagte Schmiedel. „Es kann nicht sein, dass CDU und FDP die politische Zukunft des Landes mit dieser verkorksten Reform unter sich aushandeln.“

**Dr. Roland Peter, Pressesprecher**

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



MdL Norbert Zeller

# Europäische Zusammenarbeit im Bereich Bildung

**Zeller:**

**Eingriffe in Kompetenzen der Länder müssen  
abgelehnt werden**

In der Europäischen Union besteht Nachholbedarf in Bezug auf Lesekompetenz, den Anteil von Hochschulabsolventen und Investitionen in den Bildungsbereich. Dies geht aus einer Mitteilung der Europäischen Kommission zur Kooperation im Bereich Bildung hervor, mit der sich der Schulausschuss des Landtags vergangene Woche befasst hat. Wie der Vorsitzende des Gremiums, Norbert Zeller SPD, mitteilte, bestand im Ausschuss Einvernehmen darüber, dass es sich bei den Äußerungen der EU nur um Anregungen handeln kann, zumal die gesamte Bildungsthematik nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder obliegt. Es sei sinnvoll, sich mit Bildungsvergleichen konstruktiv auseinanderzusetzen, Eingriffe der EU in die Kompetenzen der Länder müssten aber auf jeden Fall abgelehnt werden.

Nach Angaben Zellers schlägt die EU-Kommission vor, die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung in der Zeit bis 2020 an vier strategischen Herausforderungen auszurichten. Hierzu zählten die Verwirklichung lebenslangen Lernens und der Mobilität von Lernenden, die Verbesserung der Qualität und der Effizienz des Bildungsangebots, die Förderung von Gerechtigkeit und aktivem Bürgersinn sowie die Förderung von Innovation und Kreativität auf allen Ebenen der allgemeinen und der beruflichen Bildung. Konkret vorgeschlagen werde etwa eine Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten in Bezug auf die Grundkompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften unter anderem durch die Schaffung einer hochrangigen Gruppe zur Lesekompetenz und durch Stärkung von mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern. Verstärkt werden solle auch die Zusammenarbeit in den Bereichen vorschulische Bildung, Migranten und Migranten und Lernende mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

„Ein Vergleich der europäischen Bildungssysteme und Bildungswege ist zweifellos angebracht“, erklärte Zeller. Unter Umständen ließen sich daraus wertvolle Impulse für bildungspolitische Neuerungen gewinnen. Bei der Einschätzung der laut EU neu zu entwickelnden Zielvorgaben wie Kreativität, Beschäftigungsfähigkeit oder Mobilität müsse man allerdings vorsichtig vorgehen und solche Vorschläge etwa unter den Aspekten Sinnhaftigkeit, Praktikabilität, Methodik und Finanzierbarkeit kritisch überprüfen.  
01.05.2009, Büro Norbert Zeller, MdL

## Landtag von Baden-Württemberg

14. Wahlperiode

### Antrag

der Abg. Norbert Zeller u. a. SPD

#### Sturm- und Hagelschäden in der Bodenseeregion und Oberschwaben

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

**I.** zu berichten,

1. welche Schäden der Hagelsturm am 26.05.2009 im Bodenseeraum und in Oberschwaben in den einzelnen landwirtschaftlichen Sonderkulturen, im Grünland, Getreide- und Maisanbau verursachte;
2. in welchem Umfang die Winzer, Obsterzeuger und Landwirte gegen die Schäden versichert sind und welche Folgen bei einer Unterversicherung bzw. Nichtversicherung bestehen;
3. in welchen Fällen die Existenz der Betriebe gefährdet ist und welche Möglichkeiten die Landesregierung ergreifen möchte, um den Betrieben zu helfen;
4. welche Hilfen die Landesregierung kurzfristig und mittelfristig zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei Hagelschäden sieht und wie eine schnelle Hilfe durch Stundung erreicht werden kann um damit Liquidität zu erreichen;
5. ob die Landesregierung bereit ist, sich prozentual an der Hagelversicherung zu beteiligen vergleichsweise anderer Regionen;
6. wie die Landesregierung die Gefahr des Feuerbrandes derzeit in der Bodenseeregion einschätzt und welche Maßnahmen dringend geboten sind;
7. welche Förderung von Seiten des Landes für präventive Maßnahmen (z. B. Hagelschutznetze) in welchem Zeitraum vorgesehen ist.

**II.** alle erdenkliche Maßnahmen zu ergreifen, um den betroffenen Landwirten schnell, unkompliziert und unbürokratisch zu helfen, insbesondere in den Fällen, bei denen eine Existenzgefährdung besteht.

Stuttgart, 03.09.09 Zeller, Winkler, Bayer, Buschle,  
Nelius, Kipfer und Fraktion

## **Begründung:**

Am 26.05.09 wütete gegen 16.00 Uhr ein verheerender Hagelsturm im Südwesten des Landes. Die Folge war ein großer Schaden für die Landwirtschaft. Bis zu 100 Prozent Ernteauffälle sind zu verzeichnen. Für viele Winzer, Obstbauern und Landwirte entsteht durch den großen Ernteausfall ein finanzieller Ausfall, bis hin zur Existenzgefährdung.

Bei einer Besichtigungsrundfahrt am 29.05.09 konnte auch der Landwirtschaftsminister die schlimmen Folgen begutachten. Für die Winzer und Obstbauern wird die Arbeit in den Sonderkulturen durch den Ernteausfall jedoch nicht geringer, sondern eher größer sein, um die Folgeschäden für die kommenden Jahre zu minimieren. Im Obstbau besteht durch den Hagel Schaden zusätzlich die Gefahr des Feuerbrandes.

Die SPD fordert nun die Landesregierung auf, eine schnelle und unbürokratische Hilfe zu leisten. Dies gilt insbesondere für existenzgefährdete Betriebe. Winzer und Obstbauern sind in der Bodenseeregion bei zunehmendem Klimawandel und der damit verbundenen Hagelgefahr besonders betroffen. Steigende Versicherungsprämien können nicht mehr erwirtschaftet werden, ohne in die Verlustzone zu geraten. Neben der akuten Hilfe gilt es deshalb abzuklären, wie mittelfristig den Winzern, Obstbauern und Landwirten dauerhaft wirksam geholfen werden kann.

03.06.2009

übermittelt durch Büro  
Norbert Zeller, MdL

## **Antwort des Kultusministeriums zur Lage an den Beruflichen Schulen:**

**Zeller:**

### **Trickreich und wenig Ermutigend**

Wie viele Bewerber an den beruflichen Gymnasien in der Bodenseeregion wegen Überfüllung der Schulen und aus Mangel an Lehrkräften abgewiesen werden müssen, hatte der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, von der Landesregierung in einer kleinen Anfrage wissen wollen. Die Antwort des Kultusministeriums darauf liegt nun vor und ist laut Zeller wenig ermutigend, obwohl die Landesregierung versuchte, eine klare Antwort zu verweigern. Aus den beigefügten Bewerberlisten geht allerdings hervor, dass beispielsweise an der Hugo-Eckener-Schule in Friedrichshafen es vier Eingangsklassen mit je 32 Schülern (maximale Belegung) also 128 Plätze gibt. Dem stehen 152 Bewerber gegenüber. Somit mussten an dieser Schule mindestens 24 Bewerber abgewiesen werden. An den anderen Beruflichen Schulen in Friedrichshafen, Überlingen, Ra-

vensburg und auch im Kreis Konstanz sieht es nicht viel besser aus.

Auch auf die Frage Zellers, welche beruflichen Gymnasien in der Bodenseeregion einen Antrag auf Einrichtung eines neuen gymnasialen Zuges, zum Beispiel wie in Friedrichshafen auf Einrichtung eines sozialwissenschaftlichen Gymnasiums an der Droste-Hülshoff-Schule, gestellt haben und wie der Verfahrensstand dazu sei, antwortete der Kultusminister laut Zeller „trickreich“: Es lägen derzeit weder dem Kultusministerium noch dem Regierungspräsidium Tübingen entsprechend förmliche Anträge vor“. Dies verwundert nicht, denn diese Anträge wurden, so Zeller, nämlich schon vorab mündlich abgewiesen. „So geht die Landesregierung mit der problematischen Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen, die sich im noch laufenden Schuljahr deutlich verschlechtert hat, um“, bemängelt Norbert Zeller, der auch Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag ist.

„Aufgrund der schlechten konjunkturellen Lage bewerben sich derzeit an den beruflichen Schulen viele qualifizierte Ingenieure aus der Wirtschaft. Diese Chance sollte im Sinne einer vorausschauenden Personalplanung genutzt werden“, hatte Zeller in seiner Begründung für die Anfrage an die Landesregierung gefordert. Er sieht die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen als gefährdet an und damit auch als Grundlage für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Region in Gefahr. Durch den Lehrstellenmangel, der eine Folge der Wirtschaftskrise ist, drängen derzeit viele Bewerber an die beruflichen Vollzeitschulen, die zur Weiterqualifizierung von jungen Menschen mit einer beruflichen Erstausbildung dienen. „Ein Teil dieser jungen Leute wird nun von der Landesregierung im Regen stehen gelassen“, so Zeller. „Das ist keine Krisenbewältigung, sondern eine Bildungspolitik, die die Krise noch verstärkt“.

09.06.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

**Antwort des Kultusministeriums auf die Kleine Anfrage von Norbert Zeller und Tabellen für die einzelnen Beruflichen Schulen in den Kreisen Bodenseekreis, Ravensburg und Konstanz unter [www.norbertzeller.de](http://www.norbertzeller.de) , siehe Bildungspolitik**

## **Für Einbaupflicht bei Rauchmeldern**

**Zeller:**

### **Menschenleben retten**

Jährlich kommen in Deutschland etwa 600 Menschen durch Brände um, 75 Prozent davon in Privatwohnungen. Rauchvergiftung ist dabei die häufigste Ursache. Der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert

Zeller SPD, unterstützt deshalb die Forderung des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg für eine Einbaupflicht von Rauchmeldern. „Wenn jährlich 6000 Menschen schwer und 60 000 Menschen, darunter viele Kinder, leicht verletzt werden, und dies durch rechtzeitige Alarmierung verhindert werden könnte, ist es doch nur logisch sich für eine Rauchmelderpflicht einzusetzen“, meint Zeller, „zumal diese Geräte einfach und kostengünstig sind“.

Der Landesfeuerwehrverband hat in Zusammenhang mit der Novellierung der Landesbauordnung bereits am 11. Dezember 2008 gefordert, in die neue Landesbauordnung die Pflicht zum Einbau von Hausrauchmeldern in neu errichtete Wohngebäude und ebenso die Nachrüstpflicht in bestehenden Wohngebäuden aufzunehmen. Diese Forderung kann ich nur unterstützen, meint Zeller. Die Landesregierung hat sich bisher gegen die Rauchmelderpflicht ausgesprochen mit dem Argument der Selbstverantwortung der Bürger. Dies können der Landesfeuerwehrverband und Zeller nicht nachvollziehen, für den der Schutz des Lebens und der Gesundheit im Vordergrund steht, Zeller unterstützt diese Forderung vehement, zumal in der Hälfte aller Bundesländer die lebensrettende Rauchmelderpflicht bereits besteht. „Die Feuerwehr in Friedrichshafen feiert im Juli dieses Jahr ihr 150jähriges Bestehen. Ich würde mich freuen, wenn dazu die Forderung des Feuerwehrlandesverbandes eine Mehrheit im Parlament fände“, sagt Zeller, der damit auch die hervorragende Arbeit der Feuerwehren in der Region bestätigt sehe.

10.06.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

## **Jugendliche wünschen sich ein neues Konzept für das „Stellwerk“**

### **Erste Auswertung der Internet-Abstimmung der SPD in Langenargen**

„Langenargen hat einen sehr hohen „Wohlfühlfaktor“ bei den Jugendlichen in der Gemeinde“, so Holger Maas nach der Auswertung der ersten Ergebnisse der Internetumfrage „LA-Vote“ der örtlichen SPD! Ein neues Konzept für das „Stellwerk“, den Jugendtreff der Gemeinde, lag bei der Befragung ebenfalls sehr hoch im Kurs!

Mit diesem bisher einzigartigen Projekt des SPD-Ortsvereins, technisch realisiert durch den Web-Designer, Manuel Kallina, wollten die Sozialdemokraten quasi „aus erster Hand“ über das Medium Internet erfahren, welche Vorschläge die Jugendlichen realisiert haben möchten.

Erstaunt hat das Ergebnis zur Frage: Fühlen Sie sich wohl in Langenargen? Alle Teilnehmer haben mit „ja“ geantwortet! Ebenso einmütig haben sich alle

Teilnehmer gegen eine Schließung des Jugendtreffs in der Gemeinde ausgesprochen. Von den über 300 Erstwählern, die direkt angeschrieben wurden, haben sich immerhin fast 15% beteiligt. Dies ist für dieses Medium eine sehr gute Beteiligung.

Eine ganze Reihe von Wünschen wurde ebenfalls von den Teilnehmern geäußert. Neben häufigeren Beachpartys, gab es die Anregung auch Open-Air Cocktailpartys zu veranstalten. Jugend-Disco sollen öfter stattfinden oder auch beim „Match-Race“ ein spezielles Jugend-Programm angeboten werden.

Der Wunsch nach einem Bierausschank im Stellwerk war selbstverständlich ebenso vertreten, wie auch die Meinung im Sommer öfter doch mal „Open-Air-Kinoabende“ anzubieten.

Die bisher genannten Wünsche und Anregungen wird die SPD-Gemeinderatsfraktion an die Verwaltung und die Jugendbeauftragte weiterleiten und sich dafür einsetzen, dass diese nach Möglichkeit umgesetzt werden.

Die Frage nach der Mitgliedschaft in den Langenargener Vereinen wurde von fast allen Teilnehmern dies mit „ja“ beantwortet. Bei der Anschlussfrage nach ehrenamtlicher Tätigkeit verneinten dies jedoch alle. Dazu stellt sich die Frage, ob nicht ein spezielles Förderprogramm für junge Leute und ein Engagement im Ehrenamt initiiert werden sollte.

Das „LA-Vote“ ist noch weiter auf der Internet-Seite der SPD Langenargen frei geschaltet, so dass noch weiter junge Bürger sich beteiligen können.

09.06.2009

übermittelt durch Holger Maas

### **Neue SPD-Kreistagsfraktion:**

## **Zeller einstimmig zum Vorsitzenden gewählt**

Einstimmig als Fraktionsvorsitzender wieder gewählt wurde Norbert Zeller MdL in der ersten Sitzung der neuen SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis. Norbert Zeller wird seine bisherige Führungsarbeit für die SPD im Kreistag damit fortsetzen. Als seine Stellvertreter fungieren Josef Büchelmeier, Ex-OB der Stadt Friedrichshafen, und Jochen Jehle, SPD-Kreisvorsitzender und Bundestagskandidat im Bodenseekreis. Neue Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion sind Dieter Stauber aus Friedrichshafen, Dipl.-Verwaltungswirt-Polizei, Boris Mattes, Rechtsanwalt aus Meersburg, Ingrid Sauter, Jugend- und Heimerzieherin, aus Tettang und Jutta Koch, Realschullehrerin aus Kressbronn. Wieder gewählt wurden die bisherigen SPD-Kreistagsfraktionmitglieder Norbert Zeller, Josef, Büchelmeier, Jochen Jehle, Dr. Wolfgang Sigg und Karl Maier. „Für den Raum Überlin-

gen haben wir leider keinen Sozialdemokraten mehr im Kreistag“, bedauert Norbert Zeller das Ausscheiden von Ulrich Lutz. „Wir werden aber die Interessen der Überlinger gezielt im Auge behalten“.

Schwerpunkte der SPD im Kreistag sind die Stärkung der Familien, gute Bildung und Ausbildung, der Ausbau der sozialen Sicherheit, die Gestaltung sozialen Miteinanders und der Integration, die Stärkung des Ehrenamtes, der Aufbau einer vernünftigen Verkehrsinfrastruktur, Stärkung der Wirtschaft und Sicherung der Arbeitsplätze durch zukunftsfähiges Wirtschaften und die internationale und überregional Vernetzung des Bodenseekreises.

19.06.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

**Zeller will verhindern:**

## **Teureres Schulessen durch Gerichtsurteil**

**Landtagsabgeordneter und Bildungsexperte Norbert Zeller, SPD, will verhindern, dass das Schulessen durch Gerichtsurteil teurer wird. „Die Landesregierung hat sich beim Mittagessen an Ganztageschulen aus der Verantwortung gestohlen und die Eltern zu Privatinitiativen genötigt. Das Mindeste ist jetzt, dass sie die unsinnige Umsatzsteuerpflicht für Elternvereine verhindert“, fordert der Abgeordnete der Bodenseeregion und Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg.**

Die SPD-Landtagsfraktion will durch einen parlamentarischen Antrag verhindern, dass das Schulessen durch eine neue Umsatzsteuerpflicht künftig teurer wird. Zeller fordert die Landesregierung nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs zu schnellem Handeln auf: „Wenn jetzt die Umsatzsteuer auf das Schulessen erhoben wird, ist jetzt schon absehbar, dass viele Eltern sich das Essen dann nicht mehr leisten können.“ Sollte es keine Änderung geben, würde sogar das Engagement der Eltern, die sich ehrenamtlich engagieren, steuerlich belastet. Zusätzlich seien die Eltern dazu gezwungen, einen übermäßigen Aufwand zu betreiben, um Umsatzsteuer und Vorsteuerabzug organisieren zu können. „Es kann doch nicht sein, dass die Eltern für ihr Engagement bestraft werden“, sagte Norbert Zeller.

Die Landesregierung solle durch gesetzliche und organisatorische Veränderungen im Schulwesen des Landes sicherstellen, dass das Schulessen durch ehrenamtliches Engagement als Teil der Leistung der

jeweiligen Schule definiert werden könne. Damit wäre sie bereits nach geltendem Recht von der Umsatzsteuer befreit. Da sich die Landesregierung beim Mittagessen an Ganztageschulen aus der Verantwortung gestohlen habe, müssten an vielen Schulen Elternvereine dafür sorgen, sagte Zeller. Daher seien in Baden-Württemberg besonders viele ehrenamtliche Initiativen von dem Richterspruch betroffen. „Die Landesregierung ist deshalb stark gefordert, die Folgen dieses Urteils für die betroffenen Eltern abzuwenden“, sagte Norbert Zeller. „Es kann nicht sein, dass die Väter und Mütter erneut im Stich gelassen werden.“

Darüber hinaus fordert er ergänzende Initiativen der Landesregierung zum Mehrwertsteuerrecht und zur Praxis der Besteuerung, um die Umsatzsteuer abzuwenden. So solle die Landesregierung einen Vorstoß ins Auge fassen, um die Freistellung von der Umsatzsteuer zu erreichen. Die Landesregierung könne auch versuchen, einen so genannten Nichtanwendungserlass für die Steuerbehörden durchzusetzen. Damit bleibe die Wirkung des Finanzurteils auf den konkreten Klagefall beschränkt und habe keine allgemeine Gültigkeit für die Praxis der Besteuerung.

22.06.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

## **SPD unterstützt Kommunen bei Forderung nach schnellerem Krippenausbau**

### **Norbert Zeller: „Der Bedarf muss erfüllt werden“**

Der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, und die SPD-Fraktion im Landtag unterstützen die Städte und Gemeinden in ihrer Forderung, die Kleinkindbetreuung im Land schneller und stärker auszubauen als vorgesehen. „Wir müssen den Bedarf erfüllen, wenn die Eltern offensichtlich viel mehr Kinder in einer Betreuung unterbringen wollen als vorhergesehen“, sagte der Bildungsexperte Norbert Zeller. Er hält auch die Forderung, den Orientierungsplan gesetzlich für alle Kindergärten verbindlich zu machen, für sinnvoll. Schließlich folge daraus, dass das Land die Träger bei der Umsetzung stärker unterstützen müsse. „Wenn wir die Förderung für Kinder bis zu sechs Jahren so gut wie möglich gestalten wollen, dürfen wir die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen lassen“, sagte Zeller, der auch Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg ist.

„Ansonsten haben Kinder reicherer Kommunen deutlich mehr von diesem Ausbau als Mädchen und Jungen in ärmeren Städten und Gemeinden.“ Diese Ungleichbehandlung lehne die SPD ab.

Zu der Situation vor Ort in Friedrichshafen, die von den katholischen Kindergärten in einem offenen Brief an die Stadträte von Friedrichshafen dargestellt wurde, erklärt Norbert Zeller, dass er grundsätzlich das Engagement der kirchlichen Kindergärten und der Erzieherinnen sehr positiv bewertet. Er stimmt zu, dass sehr viele zusätzliche notwendige Aufgaben auf die Erzieherinnen zugekommen sind und es daher notwendig ist, kleinere Gruppen zu bilden und dafür mehr Personal einzustellen. Kinderkrippen sind ein öffentlicher Auftrag und sollten nicht an gewerbliche Betriebe „weggedrückt „ werden, so Zeller zur Lage vor Ort.

Es ist für ihn ganz klar, dass auf die öffentliche Hand in den kommenden Jahren erhebliche Kosten zukämen. Es sei keine Frage, dass die Gesellschaft dies leisten müsse. Für Zeller und die SPD bedeuteten diese Ausgaben angesichts der fallenden Steuereinnahmen aber auch, dass in der Finanzpolitik Prioritäten gesetzt werden müssten. „Bildung und Betreuung stehen bei uns ganz oben“, sagte Zeller. Bei vielen anderen Bereichen müsse ausgewählt werden. Für die SPD heißt dies aber auch, dass keine Partei im Wahlkampf unfinanzierbare Steuergeschenke versprechen dürfe. „Wenn Ministerpräsident Oettinger dem CDU-Steuersenkungskonzept zustimmt, dann muss er erklären, wie er die anstehenden Ausgaben bezahlen will“, sagte der SPD-Bildungspolitiker. Gerade die Eltern müssten erfahren, woher Oettinger das Geld für die notwendigen Ausgaben beim Krippenausbau und Orientierungsplan nehme, wenn er gleichzeitig die Steuern für Spitzenverdiener senken wolle. „Hier machen sich deutliche Widersprüche bei der CDU bemerkbar“, so Zeller.

22.06.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

## Nachbetrachtungen zu den Wahlen

### Europawahl:

Das Ergebnis der Europawahl kann nur als enttäuschend bezeichnet werden. Ein Lichtblick aus der Sicht von B-W ist nur die Tatsache, dass wir nunmehr durch zwei Abgeordnete vertreten sind: Evelyn Gebhardt und Peter Simon – herzlichen Glückwunsch an beide.

Wer an einer Wahlanalyse interessiert ist, hier der Link:

[http://www.meinespd.net/media/downloads/090607\\_Wahlanalyse\\_Europawahl.pdf](http://www.meinespd.net/media/downloads/090607_Wahlanalyse_Europawahl.pdf)

### Kommunalwahlen:

Der Rote Seehas gratuliert allen neu- und wiedergewählten Gemeinderats- und Kreistagsmitgliedern herzlich zum Erfolg.

Insgesamt schrumpfte die SPD-Fraktion um einen Sitz (die CDU verlor zwei Sitze!). Dass die SPD den Sitz ausgerechnet im Wahlkreis der zweitgrößten Stadt im Bodenseekreis verlor, kommt einer Katastrophe nahe. Möglicherweise erklärbar ist dies durch den Mangel an Kandidaturen aus Owingen und Sippingen.

Auch bei den Gemeinderatswahlen gab es Verluste. Eine Auswertung der Ergebnisse dürfte recht zeitaufwändig werden.

Da bei Kommunalwahlen doch stark das Element der Persönlichkeitswahl eine Rolle spielt, können Erfolge oder Misserfolge einer Parteiliste nicht unbedingt der Partei allein zugeordnet werden.

Interessant ist, dass in den 4 Gemeinden, in denen die SPD Zuwächse verzeichnen konnte, Projekte gelaufen sind (oder noch laufen), die sozialen Nutzen beinhalten; Bermatingen + 0,4% - Langenargen + 6,4% - Markdorf + 3,4% - Uhlhingen/Mühlhofen + 3,1%. Bei Langenargen und Uhlhingen/Mühlhofen reichten die Zuwächse zu einem Zuwachs von je einem Sitz.

Stellvertretend für auffallend erfolgreiche Neubewerber seien Yvonne Bernard (Markdorf), Adnan Sabah (Überlingen) und Özgür Ögütçü (Daisendorf) genannt, die ihre Erwartungen an Stimmen weit übertroffen sahen. Nachwuchs ist trotz aller Unkenrufe in Sicht!

Das obige Beispiel zeigt, dass intensive persönliche Wahlwerbung erfolgreich sein kann.

In einer Kreisgemeinde verlor die SPD beide Sitze, da durch Wegzug eines Erfolg versprechenden Bewerbers keine Liste mehr zusammenkam – auch widrige Umstände können den Erfolg verwehren.

Karl-Heinz König

## Termine:

17.08.2009

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

27.09.2009

## Bundestagswahl

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## SP Schweiz Kanton St. Gallen



Communiqué der SP Fraktion

### Kantonsrat nimmt Jugendarbeitslosigkeit nicht ernst

**Die SP Fraktion bedauert ausserordentlich, dass der Kantonsrat die Initiative zur Schaffung eines Berufsbildungsfonds ablehnt. Die Lehrstellen-Initiative kommt zur richtigen Zeit. Die Wirtschaftskrise wird sich mit Bestimmtheit auf den Lehrstellenmarkt auswirken.**

St.Gallen – Die Initiative der SP, Juso und Gewerkschaften hatte im Kantonsrat einen schweren Stand. Alle bürgerlichen Parteien lehnten die Initiative ab, obschon im vergangenen Herbst die StimmbürgerInnen des Kantons Zürich einer gleichen Forderung zugestimmt haben. Ein Berufsbildungsfonds, wie die Initiative ihn verlangt, entlastet Betriebe, die Lernenende ausbilden und bittet Trittbrettfahrer zur Kasse, nämlich jene Betriebe, die keine Lehrstellen anbieten.

#### **Prämienchock: Standesinitiative zur Abfederung des Ressourcenausgleichs überwiesen**

Als grossen Erfolg wertet die SP die Überweisung einer Standesinitiative mit der Forderung den Reserveausgleich der Krankenversicherer zu staffeln, um somit das Prämienwachstum zu verlangsamen. Barbara Gysi, SP Fraktionspräsidentin, zeigt sich erfreut: „Die Erhöhung der Krankenkassenprämien um bis zu 15 Prozent reiss ein grosses Loch in die Portmonnees der St.Gallerinnen und St.Galler. Die Krankenkassen können den Prämienanstieg reduzieren, wenn sie nicht gezwungen werden, den kantonalen Reser-

veausgleich bis ins Jahr 2012 zu erreichen. Mit dieser Standesinitiative fordert der Kanton St.Gallen auf Bundesebene eine Verlängerung dieser Frist auf das Jahr 2015. Das führt zu einem massiv verringerten Prämienanstieg.“

#### **Kantonsrat will keine Verbesserung der vertrackten Situation bei den Raucherbeizen**

Mit der Ablehnung der beiden Initiativen (Lungenliga und Raucherliga), sendet der Kantonsrat ein falsches Signal aus. Die jetzige Situation im Kanton St.Gallen ist höchst unbefriedigend. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Nun liegt es am Volk einen umfassenden Nichtraucherschutz zu gewährleisten. Die SP Fraktion ist zuversichtlich, dass die Initiative der Lungenliga vom Volk gutgeheissen wird.

**Rückfragen an:**

**Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin  
Peter Olibet, Fraktionssekretär**

### Dario Sulzer wird neuer Parteisekretär der SP St.Gallen

04.06.2009

**Der Wiler Parlamentspräsident Dario Sulzer tritt ab dem 1. November die Nachfolge von Peter Olibet als Partei- und Fraktionssekretär der SP St.Gallen an.**

St.Gallen/Wil – Mit Dario Sulzer folgt auf Peter Olibet erneut ein engagierter und versierter Jungpolitiker als neuer politischer Sekretär der Kantonalpartei. Der bald 30-jährige Sulzer bringt ideale Voraussetzungen und eine breite politische Erfahrung mit und ist für die Aufgabe des politischen Sekretärs bestens gerüstet. In Wil aufgewachsen, hat er nach dem Besuch der Wirtschaftsmittelschule in St.Gallen während rund drei Jahren in einer Immobilienverwaltung erste Berufserfahrung gesammelt.

Nach einer Südamerikareise begann er 2003 bei der Jugendarbeit Wil. Er wird im August sein Fachhochschulstudium zum Soziokulturellen Animator ab-

schliessen. Einige Zeit war er auch als Redaktor einer Internetzeitung tätig. Zeitweilig hat er in Bands aktiv Musik gemacht und mit zwei Freunden ab 2001 das Wiler Openair «rockamweier» aufgebaut, für das er das Sponsoring und die Finanzen leitet.



Foto: SP-SG

### **Breite politische Erfahrung**

Politisch ist Dario Sulzer seit 2001 im Wiler Stadtparlament tätig, das er dieses Jahr präsidiert. Von 2005 bis Anfang 2008 präsidierte er die Wiler SP-Fraktion. Als Politiker hat er einige Erfolge aufzuweisen und gehört zu den gut verankerten und im ganzen Rat anerkannten Mitgliedern des Wiler Stadtparlaments. Dario Sulzer ist sachpolitisch breit interessiert und als Unia-Mitglied auch gewerkschaftlich verankert.

Die SP St.Gallen freut sich, mit Dario Sulzer einen guten Nachfolger für Peter Olibet gefunden zu haben. Dario Sulzer wird ab dem 1. November das Parteisekretariat zusammen mit Ariana Krizko leiten.

**Rückfragen an:** Claudia Friedl, Parteipräsidentin  
Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin  
Peter Olibet, Parteisekretär

## **Termine:**

**06.07.2009**

**SBI-Vorstandssitzung in den Räumen des SPÖ-Clubs im Vorarlberger Landhaus, Bregenz, zum Bodenseeleitbild.**

17.30 Uhr bis 20.00 Uhr

Parteiöffentlich

**10.09.2009**

**Verleihung des VIII. "Prix Wasserfrau" der SBI - näheres wird noch bekannt gegeben.**

17.00 Uhr bis 19.00 Uhr

**20.09.2009**

**Wahl zum Vorarlberger Landtag.**

---

**SP Fraktion Kantonsrat St.Gallen**

**Region Wil-Uzwil:**

## **Strategie der öV-Erschliessung überprüfen**

**Einfache Anfrage von Kantonsrat Peter Hartmann, Flawil**

Mit dem Bericht zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Kanton St.Gallen wurde bekannt, dass die Bahnhöfe Algetshausen und Schwarzenbach geschlossen werden sollen. Grund dafür sind Engpässe auf der Strecke zwischen Winterthur und St.Gallen als Folge der Verdichtung der Zugverbindungen. Die Erschliessung eines grossen Gebietes zwischen Wil und Uzwil soll ab 2013 neu durch Busse erfolgen. Bereits beim Bekanntwerden der neuen Strategie mit Bahnhofschiessungen protestierten weite Teile der Bevölkerung und die Behörden der betroffenen Gemeinden. Kritisiert wurde vor allem, dass die Qualität der Erschliessung verschlechtert und die Sicherheit der Anschlüsse an die Schnellzüge in Wil nicht garantiert werden kann.

In der Zwischenzeit wurde im Kanton St.Gallen die Initiative zur Vorfinanzierung von Schieneninfrastrukturen eingereicht. Damit sollen unter anderem die Engpässe zwischen Zürich und St.Gallen rasch beseitigt werden. Sie setzt aber auch Druck auf, dass die Verantwortlichen die Beseitigung der Engpässe an die Hand nehmen. Die Folgen für die Region Wil – Uzwil wären sehr positiv: Statt Bahnhofschiessungen könnte der Bevölkerung dieser Region den gleichen Ausbau der S-Bahn wie anderen Regionen mit komfortablem Rollmaterial und Sicherheit bei den Anschlüssen an die Schnellzüge Richtung Zürich und St.Gallen angeboten werden.

Parallel dazu wird langsam ersichtlich, welche Kosten für die Umstellung von der Bahn auf den Busbetrieb anfallen werden: Allein die Kreisel am Stadtrand von Wil, die einen Teil des Stauproblems für die Busse beseitigen sollen, sollen nach ersten Schätzung fast 6 Mio. Franken kosten. Damit aber ist die Anschlusssicherheit bei weitem noch nicht gegeben.

Weitere Engpässe müssten behoben und die Bevorzugung der Busse mit separaten Busspuren rasch umgesetzt werden, ohne die Sicherheit zu haben, dass die Ziele erreicht werden können.

Bahn und Bus sollen sich ergänzen. Die Vorteile der beiden Transportarten müssen aber gezielt und am richtigen Ort eingesetzt werden. Mit dem (gemäss St.Galler Tagblatt allenfalls zeitlich befristeten) Wechsel auf den Busbetrieb im Raume Wil – Uzwil geht der Weg in die falsche Richtung.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es eine Gesamtübersicht, an welchen Stellen rund um Wil und Uzwil Ausbauten vorgenommen werden müssten, damit nach den Bahnhofschiessungen die Anschlüsse an die Schnellzüge Richtung Zürich und Winterthur (allenfalls) gesichert werden können und was die Ausbauten kosten werden?

Wenn ja: Wie sieht diese aus?

Wenn nein: Wann liegt eine Gesamtsicht vor und wer hat dabei die Federführung?

2. Wie sind die direkt oder indirekt betroffenen Gemeindebehörden in die Diskussionen einbezogen?

3. Wie ist der Stand der Beseitigung der Bahninfrastrukturengpässe zwischen Winterthur und St.Gallen?

4. Welche Rolle spielt die Initiative zur Vorfinanzierung von Schieneninfrastrukturen und bringt sie eine Beschleunigung der wichtigen und notwendigen Projekte?

5. Wird vor Start der ersten Strassenausbauten mittels einer Gesamtschau zwischen den beiden Strategien Bahn/Bus eine Überprüfung der Strategie vorgenommen, die Kosten, zeitliche Aspekte, Attraktivität der Region, Kosten/Nutzen-Analyse und Zielerreichung beinhaltet?

16.06.2009 **Kantonsrat Peter Hartmann, Flawil**

## **SP Kanton Thurgau**

### **"Steuersenkung JA- Flatrate NEIN"**

Die SP Thurgau sammelt Unterschriften für eine Petition an die Thurgauer Regierung. Mit der Petition wird gefordert "Steuersenkung JA - Flatrate NEIN". Die Flatrate-Tax ist verantwortungslos und ungerecht. Nur die Reichsten profitieren davon. Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen aus dem Thurgau sagen nein zur Flatrate-Tax und fordern die Thurgauer Regierung auf, den Staatssteuerfuss markant zu senken. Eine Steuerfussenkung entlastet alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler rasch und unkompliziert und kurbelt die Wirtschaft an. Die Petition kann auch online auf

<http://www.flatrate-nein.ch/unters.php>  
unterzeichnet werden.

Eveline Kunz

## **Dr. Claudius Graf-Schelling (SP) neues Regierungsoberhaupt des Kantons Thurgau**

Der sozialdemokratische Innenminister Dr. iur. Claudius Graf-Schelling wurde vom Grossen Rat des Kantons zum neuen alternierenden Thurgauer Regierungspräsidenten für die Wahlperiode 2009/2010 gewählt.

Graf-Schelling bekleidet dieses Amt zum zweiten Mal, er wird es am 1. Juni antreten und für ein Jahr innehaben. Der 59-jährige Jurist begann seine berufliche und politische Karriere in Arbon, wo er auch als Präsident des Bezirksgerichtes fungierte. Präsidium und Vorstand der SBI gratulieren herzlich und wünschen eine erfolgreiche Amtszeit.

2009-05-30

SBI



### **Wie politisch ist der Islam?**

#### **Islamexperte Kurt Greussing referierte auf Einladung sozialdemokratischer Organisationen**

Der Saal des Theaters Kosmos war mit über 160 TeilnehmerInnen bis auf den letzten Platz gefüllt, als der Islamexperte Kurt Greussing auf Einladung der SPÖ, des Renner Instituts, der ACUS, der SJ, des alevitischen Kulturvereins und des Pensionistenverbandes zur politischen Dimension des Islams referierte.

Greussing erklärte dabei, dass der Islam ist kein geschlossenes theologisches oder religiös-rechtliches System, zumal es keine oberste Glaubensautorität gibt. Durch den Koran gebe es ein Bezugsfeld, hinzukommen aber Überlieferungen, Kommentare und Interpretationen der Religions- und Rechtsgelehrten. Erweitert wird die Scharia durch Vorschriften und Erläuterungen, die von Fragen der individuellen Lebensführung über zivil- und strafrechtliche Angelegenheiten bis zu religions- und staatsrechtlichen Regelungen des Umgangs mit „Ungläubigen“ alles behandelt, was für das individuelle und das soziale Leben in einer Gemeinschaft wesentlich ist.

Dadurch ergebe sich auch, so Greussing, dass Migranten ihre eigenen religiösen Netzwerke mitbringen

und hier neu aufbauen. Religion wurde für einen Teil der ZuwanderInnen und ihrer Kinder Grundlage ihrer sozialen und politischen Organisation. Ihnen lieferte Religion eine Vorstellung von der Welt und für die Welt, sie dient als Erklärungs- ebenso wie als Handlungsmodell. Im Prinzip sind daher an den politischen Islam dieselben Fragen zu richten wie an das politische Christentum, vor allem an den politischen Katholizismus vergangener Prägung.

Nach dem Referat von Greussing wurde unter Leitung von ACUS-Chef Herbert Pruner mit dem Publikum diskutiert. Unter den interessierten ZuhörerInnen befand sich - auch SPÖ Landesparteivorsitzender Michael Ritsch, der die Diskussion aufmerksam mitverfolgte.

16.06.2009

Hubert Lötsch

## ÖVP beschlagnahmt Ideen der Opposition



Mirjam Jäger Foto: SPÖ VOL

### Pflichtpraktika:

#### LH Sausgruber schmückt sich mit fremden Federn

„Es ist eine Frechheit, wie sich Landeshauptmann Sausgruber beim Thema Pflichtpraktika in der Öffentlichkeit präsentiert“, zeigt sich LAbg. und Jugendsprecherin Mirjam Jäger empört. In jüngsten Meldungen stelle sich die ÖVP als Retterin der Jugend dar, die in Zeiten der Wirtschaftskrise die fehlenden Plätze für Pflichtpraktika in den heimischen Unternehmen ermögliche.

Die ÖVP schmücke sich hier jedoch mit fremden Federn. Denn das Problem der fehlenden Stellen für Ferialjobs und Pflichtpraktika wurde schon vor Wochen von Jäger in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Jugend, der Österreichischen Jugendgewerkschaft und der Jugend der sozialdemokratischen Gewerkschaft in Arbeitsgruppen eruiert und demzufolge ein entsprechender Antrag der SPÖ an den Landtag gerichtet.

„Wir befürworten zwar sehr, dass die ÖVP nunmehr auf diesem Feld die Initiative für die Jugendlichen

ergriffen hat, können es jedoch nicht einfach tolerieren, dass die Arbeit der SPÖ von der Koalition einfach unter den Tisch gekehrt wird, damit die ÖVP bei den Jungen besser da steht“, moniert Jäger. „Wir haben alles daran gesetzt, dass die Jugendlichen für ihr berufliches Weiterkommen die notwendige Unterstützung bekommen und werden dies auch trotz dieser politischen Intrige weiter tun“, stellt Jäger abschließend klar.

15.06.2009

Hubert Lötsch

## STANDPUNKT Vorwärts!

**Die europäische Sozialdemokratie musste bei den Wahlen zum Europäischen Parlament eine herbe Niederlage einstecken. Anstatt jetzt die Wunden zu lecken, muss der Blick nun nach vorn gerichtet werden.**

Unsere WählerInnen sind besonder kritisch und verlangen zu Recht von uns, dass wir zeigen, was wir in Europa umsetzen können und umsetzen wollen – nicht nur im Wahlkampf sondern besonders auch danach.

Egal ob in England, Spanien, Deutschland oder Österreich: Der vergangene Wahlsonntag war für SozialdemokratInnen in ganz Europa ein schmerzliches Ereignis. Es sind nun bei dieser Wahl europaweit jene gestärkt worden, die die derzeitige Krise mitverursacht haben. So paradox das scheinen mag, muss es für uns nun heißen, noch vehementer für unsere Anliegen einzutreten. Eines ist klar: Wir werden weiterhin mit aller Kraft für die Gestaltung eines sozial gerechten Europa eintreten. Es sind jetzt glasklare Konzepte gefragt, wie unser Europa der Zukunft ausschauen soll und vor allem, wie wir diese Idee auch den Menschen kommunizieren können. Unsere WählerInnen sind besonders kritisch und verlangen zu Recht von uns, dass wir zeigen, was wir in Europa umsetzen können und umsetzen wollen - nicht nur im Wahlkampf sondern besonders auch danach. Viel zu lange haben wir das Projekt EU kritiklos als gegeben genommen. Wir sind EuropäerInnen und deshalb fordern wir mehr denn je ein anderes Europa. Die kritische Linie gegenüber einer EU, die bürgerfern und neoliberal ist, ist die richtige. Ja, wir sind EuropäerInnen, aber nein, wir wollen ein anderes Europa. Ein soziales Europa der gerechten Verteilung.

Wenn es der europäischen Sozialdemokratie in Krisenzeiten nicht gelingt, das Vertrauen der EuropäerInnen in ausreichendem Ausmaß zu erlangen, dann müssen wir unsere Botschaften und die Art, wie wir sie transportieren, einer kritischen Überprüfung unterziehen. Dabei sind wir einer Gratwanderung aus-

gesetzt, die wir nichtsdestotrotz bewältigen müssen. Einerseits hält sich das Interesse der Bevölkerung für die Geschehnisse und Entwicklungen in Brüssel und Straßburg in Grenzen, andererseits wird eben dort über die Zukunft unseres gemeinsamen Europas entschieden.

---

**„Der Auftrag an uns ist eindeutig.  
Vorwärts. Ärmel aufkrepeln  
und das tun, was die  
Sozialdemokratie seit Anbeginn  
erfolgreich gemacht hat:  
Dorthin gehen,  
wohin es auch weh tut.“**

---

Der Auftrag an uns ist eindeutig. Vorwärts. Ärmel aufkrepeln und das tun, was die Sozialdemokratie seit Anbeginn erfolgreich gemacht hat: Dorthin gehen, wo es auch weh tut. Von Lissabon bis Riga, von Stockholm bis Rom, von Bregenz bis Eisenstadt:

Wir werden keine Diskussion mit den Menschen scheuen. Wir müssen zuhören und den konkreten Problemen der Menschen mit klaren Konzepten und Lösungen begegnen. Dieser Weg wird kein leichter sein, aber er ist der einzig richtige. Als SozialdemokratInnen sind wir seit unseren Anfängen Teil einer internationalen Bewegung. Dem Rückschlag bei diesen Wahlen muss auch international begegnet werden. Dafür muss die Sozialdemokratie ein europäisches Programm erarbeiten, das die Entwicklung hin zu einem Europa der Beschäftigung, der sozialen Mindeststandards, des Wohlstandes und der gerechten Verteilung in einer Art und Weise definiert, dass sie von den Menschen auch klar verstanden werden. Wir österreichischen SozialdemokratInnen werden unseren Beitrag dazu leisten.

Ich bin mir bewusst, dass sich das alles momentan nicht leicht liest, da der Schock vom Wahlsonntag uns allen noch tief in den Gliedern steckt, aber wir haben gemeinsam Wahlen gewonnen und gemeinsam Wahlen verloren. Gemeinsam, weil wir mehr sind als eine Partei. Wir sind eine Bewegung, die antritt, um die Welt zu verändern. Dafür brauchen wir auch weiterhin Dein Engagement und Deine Mitarbeit, für die ich mich bei dieser Gelegenheit herzlich bedanke.

Von *Laura Rudas* in *SPÖ-Aktuell 24-2009*

## **EURES-Grenzpartnerschaft BODENSEE**

### **Ratgeber für Grenzgänger auf neuestem Stand**

**Die Broschüre der EURES-Grenzpartnerschaft BODENSEE ist jetzt in der Ausgabe 2009 beim DGB und bei allen Arbeitsagenturen in der Bodenseeregion kostenlos erhältlich. Herausgeber ist**

die DGB Region Bodensee-Oberschwaben in Ravensburg/Konstanz. Die Broschüre ist für alle interessant, die schon als Grenzgänger arbeiten oder sich für eine Arbeit im Nachbarland interessieren. Erläutert wird, was man bei der Jobsuche beachten muss, wie es mit den Krankenversicherungen und Renten aussieht und welche Familienleistungen es gibt. Auf diese und noch viel mehr Fragen geben die „Infos für Grenzgänger“ kompetent Auskunft.

Im Bodenseeraum gehen rund 36.000 Menschen derzeit in einem Nachbarland einer Tätigkeit nach. Viele weitere spielen mit dem Gedanken. Entsprechend groß ist auch der Bedarf an Informationen. Diese finden Interessierte kompakt, attraktiv und übersichtlich zusammen gestellt in den soeben erschienenen „Infos für Grenzgänger 2009“. „Das Interesse an dem Handbuch ist wegen seiner leichten Handhabbarkeit und Verständlichkeit sehr groß“, sagt Gottfried Christmann von der DGB-Region Bodensee-Oberschwaben. Gefragt sei diese wichtigste Publikation der Grenzpartnerschaft nicht nur in unserer Bodensee-Region, sondern längst in ganz Deutschland und in Europa.

Inhalt der Broschüre sind Informationen für die Bereiche Arbeit, Soziales und Steuern in den Ländern Schweiz, Deutschland, Österreich und Liechtenstein.

Das Themenspektrum reicht von der Arbeitssuche, der Arbeitsbewilligung, dem Arbeitsrecht, der Anerkennung von Berufsabschlüssen über die Krankenversicherung, Unfallversicherung, die Vorsorge und die Arbeitslosenversicherung bis hin zur Besteuerung des Einkommens und die Besteuerung der Altersbezüge. Dazu kommen noch viele Tipps und Kontaktadressen für etwaige Nachfragen.

All dies macht die „Infos für Grenzgänger“ nicht nur für Grenzpendlerinnen und Pendler in der Bodenseeregion, sondern auch für Betriebsräte, Steuerberater, Anwälte und Personalverantwortliche in Unternehmen und Verwaltungen zu einem arbeits- und sozialrechtlichen Nachschlagewerk.

Für die Qualität und Aktualität der EURES-Broschüre zeichnet der Texter Andreas Michelberger verantwortlich und mit ihm ein Netzwerk von Expertinnen und Experten in Ämtern, Behörden, Verbänden, Versicherungen, Vereinen und Informationszentren, die alljährlich ihr Wissen zur Verfügung stellen und so mithelfen, die arbeits-, sozialrechtlichen und steuerrechtlichen Informationen auf den neuesten Stand zu bringen.

**i. A. Efi Binder, DGB-Region Bodensee-Oberschwaben**

# Die Wahlen vom 7. Juni in der Bodenseeregion

Während die Sozialdemokratie bei der EU-Wahl flächendeckend Verluste zu beklagen hatte, ergab die gleichzeitig abgehaltene Kommunalwahl in Baden-Württemberg ein differenziertes Bild mit erfreulichen Resultaten in den SPD-Hochburgen.

## 1) EU-Wahl am 07.06.2009 im Einzugsbereich der SBI

Gebietskörperschaft	SPE-Stimmenanteil
Land Vorarlberg	13,3% (-5,3)
Lkr. Konstanz	16,3% (-1,5)
Lkr. Bodenseekreis	14,1% (-1,9)
Lkr. Ravensburg	11,7% (-1,3)
Lkr. Sigmaringen	11,5% (-0,8)
Lkr. Lindau	12,1% (-6,6)

## 2) Kreistagswahlergebnisse am 07.06.2009 im Einzugsbereich der SBI

Landkreis	SPD-Stimmenanteil
Konstanz	16,5% (-1,8)
Bodenseekreis	16,9% (-1,0)
Ravensburg	9,3% (-2,1)
Sigmaringen	11,0% (-0,5)

## 3) Gemeinderatswahlergebnisse am 07.06.2009 in den größeren Städten und Gemeinden

### Landkreis Konstanz

Engen	10,0% (+2,4)
Gottmadingen	36,1% (+2,2)
Konstanz	17,7% (-0,2)
Radolfzell	16,8% (-1,3)
Rielasingen-Worblgn.	26,6% (+1,4)
Singen	22,9% (-4,1)

### Bodenseekreis

Friedrichshafen	20,8% (-0,4)
Markdorf	11,9% (+3,4)
Meckenbeuren	15,9% (-0,8)
Salem	3,5% (-0,8)
Tettngang	7,7% (-0,9)
Überlingen	12,1% (-1,4)

### Landkreis Ravensburg

Bad Waldsee	12,0% (+0,5)
Isny	31,8% (+1,8)
Leutkirch	5,5% (-1,4)
Ravensburg	13,5% (-2,8)
Wangen	14,2% (+/-0)
Weingarten	15,1% (+0,2)

### Landkreis Sigmaringen

Bad Saulgau	19,9% (-1,4)
Mengen	13,5% (+0,2)
Sigmaringen	16,0% (+0,7)

Aufgrund des Wahlergebnisses der SPÖ wurde unser bisheriger Europa-Abgeordneter Mag. Herbert Bösch aus Bregenz nicht mehr wiedergewählt. Wir danken ihm für seine langjährige und engagierte Arbeit.

Die Verluste bei der Europa- und Kreistagswahl waren flächendeckend, wenn auch in unterschiedlicher Höhe. Hinsichtlich der Gemeinderatswahlen im baden-württembergischen SBI-Einzugsgebiet zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede, gute Arbeit wurde von den Bürgern auch bei gegenläufigem Bundestrend anerkannt. Besonders erfreulich waren die Zuwächse in den SPD-Hochburgen Gottmadingen und Isny, aber auch zwei kleinere, in der Tabelle nicht aufgeführte Gemeinden sollen erwähnt werden, die bei den SPD-Zuwächsen die Spitzenplätze einnahmen: Grünkraut (Landkreis Ravensburg) mit einem Zuwachs von 6,9% auf 25,1% und Langenargen (Bodenseekreis) mit einem Zuwachs von 6,4% auf 22,8%.

Den neu- und wiedergewählten MandatarInnen gilt unser herzlicher Glückwunsch, stellvertretend für alle darf unserem Vize-Präsidenten Norbert Zeller (Friedrichshafen) zur überzeugenden Wiederwahl in den Kreistag des Bodenseekreises gratuliert werden.

Quelle: 2009-06-11 SBI

**SPD Kreis Biberach**  
**MdB**  
**Martin Gerster**

## Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen gründet sich in Biberach neu

Seit dem gestrigen Abend ist die SPD im Kreisverband Biberach um eine Facette reicher.

Die AFA, Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, nahm nach längerer Pause wieder ihre Arbeit auf. Als neuer Vorsitzender wurde Oliver Thiem, Betriebsratsvorsitzender bei Handtmann Biberach, gewählt.

Das Ziel der Afa ist es, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Biberach ein Sprachrohr zu sein und für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einzustehen.



von links nach rechts: Udo Lutz (AfA Landesvorsitzender; Reinhold Riebl (IGM Ulm), Oliver Thiem (Vorsitzender), Katharina Selonke (Stellv. Vorsitzende); Eugen Bauer (Beisitzer), Wolfgang Pratzwich (Beisitzer), Frederic Striegler (Stellv. SPD-Kreisvorsitzender)

Reinhold Riebl, erster Bevollmächtigter der IG Metall Ulm, informierte die Anwesenden zu Beginn über die Auswirkungen der Krise auf die regionalen Unternehmen und machte klar, dass die Talsohle noch nicht durchschritten sei. Viele Arbeitsplätze ließen sich derzeit in Biberach und Umgebung nur durch das Mittel der Kurzarbeit erhalten, Betriebsbedingte Kündigungen seien zu befürchten.

Riebl signalisierte, dass Gewerkschaften und SPD in Zeiten der Krise mehr und besser zusammenarbeiten müssten und begrüßte die Gründung der AfA als einen wichtigen Schritt. Bei der anschließenden Wahl wurden neben Oliver Thiem auch Katharina Selonke als stellvertretende Vorsitzende sowie Eugen Bauer und Wolfgang Pratzwich als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

03.06.2009 Frederic Striegler, Stellv. SPD Kreisvorsitzender

### SPD-Gemeinderatsfraktion vor Ort

## „Hier muss dringend etwas geschehen!“

Von einer kontroversen Diskussion ist der Vororttermin der SPD-Gemeinderatsfraktion im Roten Bau gekennzeichnet gewesen. Nach einem kurzen historischen Abriss von Alban Herzog blieben als Kern die Fragen nach dem Abriss und einem Neubau oder die Frage nach der Sanierung und Modernisierung sowie die weitere Nutzung des Gebäudes übrig.

„Hier muss dringend etwas geschehen!“, sagte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Roland Luschkowski über die künftige Nutzung des 150 Jahre alten und denkmalgeschützten Gebäudes.

Der Biberacher Architekt Thomas Jörger widersprach der Einschätzung von Teilnehmern, dieses Gebäude

sei überaus baufällig und müsse auch wegen der zu erwartenden Sanierungskosten von 4,5 Mio. Euro abgerissen werden. „Allein der Abriss wird wohl nicht unter 400 000 € zu haben sein. Und ein Neubau wird wohl in den Gesamtkosten auch nicht billiger werden. Die vorhandene Bausubstanz ist gut, obwohl derzeit nur wenige Räume im Haus bewohnbar sind.“

„In den letzten Jahrzehnten hat doch niemand auch nur einen Cent in bauerhaltende Maßnahmen gesteckt. Dieses hat der durchaus vorhandenen Substanz des stadtbildprägenden Gebäudes geschadet“, meinte CDU-Altstadtrat Horst Gutermann und sprach sich ebenfalls vehement für den Erhalt des Roten Hauses aus.

„Bleibe nur noch die Nutzungsfrage“ meinten die SPD-Stadträtinnen Gabriele Kübler und Heidrun Drews und regten einen breit angelegten Ideenwettbewerb an. Die ersten Anregungen waren dann auch schnell in der Diskussion. Diese gingen von einer Nutzung als von der Stadt zu vermietenden Büroflächen bis hin zu einer Nutzung als „Gemeindehaus“ für Vereine und gesellschaftlich-kulturelle Veranstaltungen. Einer Nutzungszuführung für das „Archiv“ wurde eine Absage erteilt. „Dieses Haus müssen die Menschen in der Stadt nutzen können“, appellierte Roland Luschkowski an die anwesenden Räte.



Der neu gewählte AfA- Vorstand mit Unterstützern  
Auf dem Bild zu sehen:

Udo Lutz, AfA Landesvorsitzender; Reinhold Riebl (IGM Ulm), Oliver Thiem (Vorsitzender), Katharina Selonke (Stellv. Vorsitzende); Eugen Bauer (Beisitzer), Wolfgang Pratzwich (Beisitzer), Frederic Striegler (Stellv. SPD- Kreisvorsitzender)

Viel Arbeit also für den neuen Gemeinderat, meinte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende: „Und die anwesenden Teilnehmer werden dem Gremium und der Verwaltung wohl genauestens auf die Finger schauen.“ Denn das Credo der Veranstaltung war nach einer 1 ½ stündigen Diskussion dann doch noch recht einhellig: „Der Rote Bau muss erhalten bleiben!“

*R. Luschkowski*

Roland Luschkowski  
SPD Ortsvereinsvorsitzender Biberach

Anlässlich des Streits um die verfügbaren Ausbildungsplätze im Jahr 2009 erklärt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

**600.000 Ausbildungsplätze müssen  
Zielmarke bleiben  
Schavan muss Scholz  
unterstützen**

Die Finanzkrise darf nicht zur Ausbildungskrise werden. Der Bundestag tut viel, um Betriebe in der Krise zu unterstützen. Aber an der Ausbildung darf nicht gespart werden. Betriebe, die jetzt nicht ausbilden handeln sehr kurzfristig, da uns in wenigen Jahren ein Fachkräftemangel droht. Unternehmen, die nach der Krise freie Stellen nicht mit qualifizierten Leuten besetzen können, bekommen dann große Probleme.

Obwohl die Zahl der Schulabgänger sinkt, wird weiterhin eine hohe Zahl an Ausbildungsplätzen benötigt. Immerhin gibt es ca. 320.000 sogenannte Altbewerber, die im vergangenen Jahr keine Lehrstelle gefunden haben. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung sind 2009 600.000 Ausbildungsplätze nötig, um interessierten Jugendlichen die gleichen Chancen zu bieten wie im vergangenen Jahr.

Bei der heutigen Sitzung des Lenkungsausschusses des Ausbildungspaktes müssen verbindliche Ziele und Maßnahmen vereinbart werden, um den Ausbildungsmarkt krisenfest zu machen. „Ich erwarte, dass die Partner des Ausbildungspaktes Bundesminister Scholz in dem Ziel unterstützen, in diesem Jahr wieder mindestens 600.000 Ausbildungsplätze zu erreichen“, erklärt Mattheis. Auch Bundesministerin Schavan, die sich bisher nicht auf konkrete Zahlen festlegen wollte, müsse ihn unterstützen.

19.06.2009 Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Kritik an der Ministerin**

### **Renate Gradistanac zum Spezialgesetz gegen Kinderpornographie**

Renate Gradistanac (SPD) kritisierte in einer Bundestagsrede Familienministerin Ursula von der Leyen. Im Kampf gegen Kinderpornographie im Internet reiche das vom Bundestag beschlossene Spezialgesetz nicht aus.

Ein erschwerter Zugang könne nur ein Detail eines umfassenden Gesamtkonzepts zum Schutz von Kindern bis 18 Jahren vor kommerzieller sexueller Gewalt und Ausbeutung sein. Die stellvertretende kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion hielt Familienministerin Ursula von

der Leyen vor, sich zu sehr in Verhandlungen mit Internet-Zugangsanbietern verstrickt zu haben.

Dennoch begrüßte Renate Gradistanac den vorliegenden Kompromiss zur Bekämpfung von Kinderpornographie, wie sie im Internet und via Handy angeboten, konsumiert und vertrieben wird. Es sei ein Präventionsgesetz, das den Zugang zu Kinderpornographie beschränke und nach dem Grundsatz „Löschen vor Sperren“ verfare. Kinderpornographie müsse aus dem Internet entfernt werden – es genüge nicht, den Zugriff zu erschweren, sagte Gradistanac. Das Gesetz ist auf zwei Jahre begrenzt und soll danach auf seine Wirksamkeit überprüft werden.

Renate Gradistanac verwies auf den von der SPD-Fraktion aufgestellten Zehn-Punkte-Plan zum besseren Schutz von Kindern und forderte die Ministerin erneut auf, den zweiten Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung vorzulegen. „Ich erwarte, dass Sie Anfang Juli den ausreichend finanziell ausgestatteten Aktionsplan präsentieren. Erst dann, Frau Ministerin, haben wir wirklich etwas zum Schutz der Kinder getan.“

Um Kinderpornographie im Internet wirksam zu bekämpfen, sei es vordringlich, Polizei und Justiz technische besser auszustatten und vor allem das Personal deutlich und dauerhaft aufzustocken. Gradistanac forderte eine bessere internationale Vernetzung, mehr Medienkompetenz für Kinder und Eltern gemäß dem Grundsatz „verlässliche Strukturen statt Kürzungen“.

19.06.2009

Büro Renate Gradistanac, MdB

## **Jede vierte Frau wird vom Partner geschlagen**

### **Renate Gradistanac hielt im Deutschen Bundestag ihre letzte Rede**

In ihrer letzten Bundestagsrede hat Renate Gradistanac (SPD) einmal mehr für eine bundeseinheitliche Finanzierung von Frauenhäusern geworben. So lange Frauen nicht überall denselben Schutz erhielten, könne nicht von gleichwertigen Lebensbedingungen innerhalb Deutschlands ausgegangen werden.

Gewalt gegen Frauen werde immer noch verharmlost und entschuldigt – Renate Gradistanac stellvertretende frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, führte als Beispiel den Spruch einer Richterin an, der 2007 für Schlagzeilen gesorgt hat. Die Richterin hatte den Scheidungsantrag einer jungen Migrantin mit dem Satz abgelehnt: „Die Ausübung des Züchtigungsrechts begründet keine unzumutbare Härte.“

Effektiver Gewaltschutz brauche ein gesellschaftliches Klima, in dem Gewalt gegen Frauen geächtet und bekämpft werde. Aufgabe der Politik sei es unter anderem, Frauen in Not schnell, unbürokratisch und umfassend zu helfen. Dies, so Renate Gradistanac, sei wegen einer bundesweit unterschiedlichen Finanzierung von Frauenhäusern derzeit nicht überall gewährleistet. Ein Skandal sei es, wenn ohnehin geplagte Frauen und die Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern sich mit einer ungeklärten Finanzierungspraxis auseinandersetzen hätten. Und dies, obschon dieser Punkt per Gesetzesänderung im Jahr 2005 definitiv geregelt sei.

„Frauenhäuser müssen allen betroffenen Frauen und deren Kindern gleichermaßen offen stehen“, forderte die Abgeordnete und verwies auf die oft ungeklärte Situation bei Auszubildenden, Studentinnen und Migrantinnen.

Laut einer repräsentativen Studie haben 40 Prozent der befragten Frauen seit dem 16. Lebensjahr körperliche oder seelische Gewalt oder beides erlebt. Gradistanac: „Jede vierte Frau wird vom Partner geschlagen, unabhängig von Bildungsstand oder Schichtzugehörigkeit. So lange es Gewalt gegen Frauen gibt, brauchen wir Frauenhäuser.“  
23.06.2009 Büro Renate Gradistanac, MdB

## Hilde Mattheis schaltet neue Homepage

Seit heute ist die neue Homepage von Hilde Mattheis geschaltet. Unter der Adresse [www.hilde-mattheis.de](http://www.hilde-mattheis.de) können sich Interessenten, Bürgerinnen und Bürgern noch umfassender über die Arbeit von Hilde Mattheis im Bundestag und im Wahlkreis Ulm/Alb-Donau informieren. Neben Pressemitteilungen und Stellungnahmen zu aktuellen Themen befindet sich auf der Seite auch eine Terminübersicht. Erstmals ist ein Film auf der Homepage gestellt. Mit einer regelmäßig aktualisierten Umfrage können sich die Besucher der Homepage zu aktuellen Themen äußern.  
04.06.2009 Büro Hilde Mattheis, MdB

## Unglaublich aber wahr

Am 16.06.2009 erschien in der WELT ein Artikel s. Link unten, in dem der Soziologie-Professor Gerhard Amendt behauptet, seiner Meinung nach gehörten Frauenhäuser abgeschafft. Für Amendt sind sie vor allem ein Hort des Männerhasses.

Der offene Brief unten stellt die treffende Antwort auf den völlig unverständlichen Angriff auf die Frauenhäuser dar. Hätte Professor Amendt ein Frauenhaus je von innen gesehen, wäre er nicht zu solchen ungeheuerlichen Schlüssen gekommen. Ich selbst durfte

mit Genehmigung der Frauen in einem Frauenhaus im Kreis Calw vor einigen Jahren das Haus besichtigen und mit Frauen, die dort Schutz gefunden hatten und dem betreuenden Personal Gespräche über das Leben und die Hilfen im Frauenhaus führen.

Zwar gab es dort Frauen, die aufgrund ihrer Erlebnisse verängstigt und auch wütend waren. Einen „Hort des Männerhasses“ habe ich nirgends erkennen können.

Karl-Heinz König

Liebe Frauen - und einsichtige Männer,

unglaublich aber wahr. In der Zeitung WELT läuft eine Abstimmung, ob Frauenhäuser abgeschafft werden sollen:

[http://www.welt.de/politik/article3936899/Warum-das-Frauenhaus-abgeschafft-werden-muss.html#vote\\_3937090](http://www.welt.de/politik/article3936899/Warum-das-Frauenhaus-abgeschafft-werden-muss.html#vote_3937090)

Bitte beteiligt euch.

Schöne Grüße

Ulrike Hauffe

Landesbeauftragte für Frauen des Landes Bremen  
ZGF



Herrn  
Prof. Dr. Gerhard Amendt  
Bibliothekstr. 1  
28359 Bremen  
Frankfurt a. M., 23. Juni 2009

### Offener Brief

***Frauenhäuser sind ein unverzichtbarer Bestandteil von Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt***

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Amendt, jährlich suchen rund 20.000 Frauen und ebenso viele Kinder Zuflucht in Frauenhäusern. Rund 60 Prozent dieser Frauen werden von der Polizei oder von professionellen Diensten ins Frauenhaus vermittelt. Ein Großteil der Frauen hat schwere oder sehr schwere Gewalt erlitten und/oder war sexueller Gewalt ausgesetzt. Die Gewalthandlungen, die diese Frauen erlebt haben, erfüllen in der Regel die Merkmale von Straftatbeständen. Für sie ist das Frauenhaus der Ort, der ihnen in einer lebensbedrohlichen Situation Schutz und Sicherheit gewähren kann.

Es ist Aufgabe der Frauenhäuser, Frauen und deren Kindern Schutz und Sicherheit zu gewähren. Sie stehen ihnen in einer existenziellen Krise mit psychosozialer Beratung und Informationen zur Seite, um

den Frauen Wege aus Gewalt geprägten Lebensverhältnissen aufzuzeigen. Hierzu gehört u. a. die Information über weitere spezifische Beratungsangebote und Therapiemöglichkeiten. Dies gehört zum Standard der Frauenhausarbeit. Nicht zur Aufgabe von Frauenhäusern gehört, „Schuldfragen“ zu klären.

Dass Sie den Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern professionelles Arbeiten absprechen, führen wir auf eine große Unkenntnis der Realität von Frauenhausarbeit zurück. Professionalität und Parteilichkeit sind kein Widerspruch. In vielen Berufen ist Parteilichkeit für die Klientel Voraussetzung. Rechtsanwältinnen, Rechtsanwältinnen, Beraterinnen und Beraterinnen, Therapeuten und Therapeutinnen haben Partei für ihre Klientel zu ergreifen. Sie haben die Entscheidung ihrer Klientinnen und Klienten zu respektieren, sie bestmöglich zu informieren und zu unterstützen. Warum Sie diese Art der Unterstützung und Schutz den Frauen und Kindern, die Frauenhäuser aufsuchen, verwehren wollen, ist uns nicht erklärlich.

Häusliche Gewalt verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Der Arbeit der Frauenhäuser wird in dem Gutachten des Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung ein positiver volkswirtschaftlicher Effekt bescheinigt. Dieser ließe sich durch eine verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser noch verstärken. Es ist schade, dass wir Sie vor diesem Hintergrund nicht als Mitstreiter hierfür gewinnen können; denn häusliche Gewalt - unabhängig, von welchem Geschlecht sie ausgeübt wird - ist eine Menschenrechtsverletzung. Und es ist eine staatliche Verpflichtung, Menschen, die von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen sind, Schutz und Hilfe zu gewähren. Um eine staatliche Absicherung des Schutzes und der Hilfen ringen Frauenhäuser seit 33 Jahren.

Frauenhäuser als einen Ort des „Männerhasses“ zu bezeichnen, geht vollkommen an der Wirklichkeit vorbei. Gern laden wir Sie zu einer Diskussion mit Frauenhaussträgern und Frauenhausmitarbeiterinnen über die Arbeit der Frauenhäuser ein. Der Verein Frauenhauskoordinierung e.V. setzt sich für den Abbau von Gewalt gegen Frauen ein. Er wird getragen von der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, dem Deutschen Caritasverband e.V., dem Diakonischen Werk der EKD e.V., dem Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V. und dem Sozialdienst katholischer Frauen – Gesamtverein e.V. Dem Verein gehören außerdem Frauenhäuser in freier Trägerschaft an. In Mitgliedschaft befinden sich derzeit 258 Frauenhäuser.

Mit freundlichen Grüßen

**Gabriele Glorius, 1. Vorsitzende,**  
**C. Viktoria Nawrath, Geschäftsführung Frauenhauskoordinierung e.V.**

*Zur aktuellen Diskussion über die Aussetzung der Rente mit 67 erklärt der Sprecherkreis der DL 21 Baden-Württemberg:*

**Angesichts der Krise:**

## **Rente mit 67 jetzt aussetzen**

Die Zahl der Arbeitslosen wird wegen der Wirtschaftskrise in den kommenden Wochen und Monaten stark ansteigen. Die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre ist deshalb nicht vertretbar.

Als die Rente mit 67 im Jahr 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, war man noch von einer anhaltend positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ausgegangen. Diese Annahme erweist sich nun als falsch.

Auf Grundlage der auf Druck der SPD ins Gesetz aufgenommenen Überprüfungs Klausel muss nun neu über die Anhebung des Renteneintrittsalters nachgedacht werden. Die Klausel sieht vor, dass ab 2010 regelmäßig geprüft wird, ob eine Anhebung des Renteneintrittsalters angesichts der realen Chancen auf dem Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch vertretbar ist.

Dies ist nach Ansicht der DL 21 Baden-Württemberg nicht der Fall. Schon bei der Verabschiedung der Rente mit 67 hat die DL 21 Baden-Württemberg darauf hingewiesen, dass in der Anhebung des Renteneintrittsalters eine versteckte Rentenkürzung steckt. Denn wer vorzeitig in den Ruhestand gehen muss, weil er keinen Arbeitsplatz findet, muss auch Abschlüsse bei der Rente hinnehmen.

Die DL 21 Baden-Württemberg freut sich über die prominente Unterstützung aus der Partei für die Zurücknahme der Rente 67.

Für den Sprecherkreis der DL 21 in B-W :

**Hilde Mattheis, MdB**

## **Informationen aus den EUROPA - Nachrichten**

Für die Dauer des Europa-Wahlkampfes hatte das Willi-Brandt-Haus einen Nachrichtendienst für (hauptsächlich) europäische Themen eingerichtet. Aus der letzten Ausgabe bieten wir die Links zu interessanten Themen zum Download:

## Der Rechtsruck ist besorgniserregend

Günter Verheugen im MAZ-Gespräch [www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11527528/492531/Guenter-Verheugen-im-MAZ-Gespraech-Der-Rechtsruck-ist.html](http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11527528/492531/Guenter-Verheugen-im-MAZ-Gespraech-Der-Rechtsruck-ist.html)

## Steinmeier will regieren statt moderieren

Frank-Walter Steinmeier ist sich sicher: Er ist der richtige Kanzlerkandidat für die SPD. Im Gegensatz zu Angela Merkel würde er weniger moderieren als vielmehr regieren – das brauche Deutschland in der Krise. Das schlechte Abschneiden seiner Partei bei der Europawahl sieht Steinmeier mitnichten als schlechtes Omen für die Bundestagswahl. [www.welt.de/politik/article3896538/Steinmeier-will-regieren-statt-moderieren.html](http://www.welt.de/politik/article3896538/Steinmeier-will-regieren-statt-moderieren.html)

## Die Angst vor den Sofa-Genossen

Die Sozialdemokraten suchen nach einem Mittel gegen die Wahlmüdigkeit ihrer Klientel. Bei der Europawahl am Sonntag waren das besonders viele. [www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/wahlen2009/SPD;art20195.2819155](http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/wahlen2009/SPD;art20195.2819155)

## Warum haben die Sozialdemokraten ausgerechnet in der Wirtschaftskrise überall in Europa an Stimmen verloren?

[www.zeit.de/2009/25/01-Europa?page=1](http://www.zeit.de/2009/25/01-Europa?page=1)

## Politik will neue Methoden gegen Wahl-Abstinenz

Wählerschelte und neue Ideen: Politiker streiten, wie Nichtwähler zur Stimmabgabe gelockt oder gezwungen werden können. Innenminister Schäuble will die Europawahl durch eine Direktwahl des "EU-Präsidenten" attraktiver machen, ein SPD-Politiker fordert für Wahlverweigerer 50 Euro Strafe. [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,629335,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,629335,00.html)

## Wahl-Analyse

### Die doppelte Krise

[www.faz.net/s/Rub4D092B53EEAA4A45A7708962A9AD06AF/Doc~E0410FC40301C4F2B8AC8FDE6F544919E~ATpl~Ecomcommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/Rub4D092B53EEAA4A45A7708962A9AD06AF/Doc~E0410FC40301C4F2B8AC8FDE6F544919E~ATpl~Ecomcommon~Scontent.html)

## "Die SPD ist deutlich unterbewertet"

Parteienforscher Stöss über den Absturz der Sozialdemokraten und das gute Abschneiden der Grünen [www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0609/berlin/0015/index.html](http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0609/berlin/0015/index.html)

## Stammwähler gibt es nicht mehr

Uni-Forscher analysieren Wahlergebnisse in Hannover

[www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Uni-Forscher-analysieren-Wahlergebnisse-in-Hannover](http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Uni-Forscher-analysieren-Wahlergebnisse-in-Hannover)

Noch mehr Stimmen: [www.spd-berlin.de/aktuell/aktuelle-presseschau](http://www.spd-berlin.de/aktuell/aktuelle-presseschau)

## Europawahlen

Bei den vergangenen Europawahlen lag die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent, wofür immer wieder das "Demokratiedefizit" der EU verantwortlich gemacht wird. Während einige für Volksabstimmungen auf EU-Ebene, andere für eine weitere Stärkung des Europaparlaments plädieren, begegnet die EU dem Vorwurf mit dem Vertrag von Lissabon. [www.bpb.de/publikationen/75L85D](http://www.bpb.de/publikationen/75L85D)

Informationen über die **Wahlbeteiligung** [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)

**Die Gewählten** [www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_09/ergebnisse/gewaehlte/partei/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/gewaehlte/partei/index.html)

## Interaktives Wahltool

### Wahl-O-Mat: WOMster gesucht!

Im Juli ist es wieder soweit: Dann starten die Workshops für den Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009. Du willst dabei sein? Du möchtest ein WOMster werden? Dann bewirb Dich für unser Redaktionsteam! [www.bpb.de/methodik/IHBG6K](http://www.bpb.de/methodik/IHBG6K)

### Bündnis-Debatte nach Europawahl

**Grüne sehen schwarz**

[www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/bundesgruene-sehen-schwarz](http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/bundesgruene-sehen-schwarz)

K-H-K

1919 Marie Juchatz, erste Frau im Reichstag  
1989 Quotenbeschluss, SPD-Parteitag Münster  
**2009** Forderung nach 40% Quote, Frauenunion (CSU)

## Simone Strohmayer, MdL

Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF, Schwaben)

spricht über  
**90 Jahre Frauenwahlrecht**  
**20 Jahre Quotenbeschluss, was haben wir erreicht?**



am Donnerstag, 23. Juli 2009  
um 20.00 Uhr, in Lindenberg,  
in der Volksbank-Galerie  
(Marie Juchatz Ausstellung)

*Über Ihren Besuch würden wir uns freuen!*  
*SPD-Ortsverein Lindenberg*



V. i. S. d. P. Leo Wiedemann

# Impressum

## Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis  
Weinbirnenstraße 5  
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg      Tel.: 07532/313048  
e-mail: [roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren      Tel.: 07542/21012  
e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Frank-Walter Steinmeier:	<a href="http://www.frankwaltersteinmeier.de">www.frankwaltersteinmeier.de</a>
Frederic Striegler:	<a href="mailto:frederic-striegler@gmx.de">frederic-striegler@gmx.de</a>
EUROPA Nachrichten	<a href="mailto:Willi.Carl@spd.de">Willi.Carl@spd.de</a>
Hilde Mattheis, MdB:	<a href="mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de">Hilde.Mattheis@bundestag.de</a>
SPD-Vorstand:	<a href="http://www.spd.de">www.spd.de</a>
Martin Mendler, stv. Pressesprecher:	<a href="mailto:martin.mendler@spd.landtag-bw.de">martin.mendler@spd.landtag-bw.de</a>
Dr. Roland Peter, Pressesprecher:	<a href="mailto:roland.peter@spd.landtag-bw.de">roland.peter@spd.landtag-bw.de</a>
Renate Gradistanac, MdB:	<a href="mailto:renate.gradistanac@bundestag.de">renate.gradistanac@bundestag.de</a>
Norbert Zeller, MdL:	<a href="mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de">norbert.zeller@spd.landtag-bw.de</a>
Holger Maas:	<a href="mailto:Holger.Maas@Wuerttembergische.de">Holger.Maas@Wuerttembergische.de</a>
Barbara Gysi, Kantonsrätin, SP:	<a href="mailto:bgysi@bluewin.ch">bgysi@bluewin.ch</a>
Peter Olibet, Parteisekretär:	<a href="mailto:kantonalpartei@sp-sg.ch">kantonalpartei@sp-sg.ch</a>
Kantonsrat Peter Hartmann:	<a href="mailto:info@sp-fraktion.ch">info@sp-fraktion.ch</a>
Eveline Kunz:	<a href="mailto:mail@spthurgau.ch">mail@spthurgau.ch</a>
Hubert Lötsch:	<a href="mailto:hubert.loetsch@spoe.at">hubert.loetsch@spoe.at</a>
SPÖ-AKTUELL:	<a href="mailto:Michaela.Moser@spoe.at">Michaela.Moser@spoe.at</a>
DGB Bodensee-Oberschwaben:	<a href="http://www.bodensee-oberschwaben.dgb.de">www.bodensee-oberschwaben.dgb.de</a>
SBI:	<a href="http://www.bodensee-internationale.org">www.bodensee-internationale.org</a>
Roland Luschkowski:	<a href="mailto:rluschkowski@t-online.de">rluschkowski@t-online.de</a>
Gabriele Glorius:	<a href="mailto:frauenhaus@paritaet.org">frauenhaus@paritaet.org</a>
Leo Wiedemann:	<a href="mailto:leo.wiedemann@t-online.de">leo.wiedemann@t-online.de</a>

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)